Albanien - Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa

Seite 8/9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 44 vom 30. Oktober 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Pharma-Konzerne kennen keine Skrupel

Das verbrecherische Geschäft mit der Krankheit

In den letzten Tagen wurde in der Öffentlichkeit groß über einen Millionenschwindel mit Medikamenten berichtet. Arzneimittelvertreter hatten auf Packungen die Aufschrift „Ärztemuster" abgebeizt und an Apotheken verkauft. Ein schwunghafter Handel entwickelte sich. Doch während in der Presse die Betroffenen als üble Verbrecher hingestellt wurden, sitzen die wahren Verbrecher, die skrupellos das Geschäft mit der Krankheit betreiben, ganz woanders: in den Konzernetagen der Bayer, Hoechst und Schering, den großen Pharma-Monopolen in der Bundesrepublik.

Jahr um Jahr treiben sie ihren schwunghaften Handel in die Höhe, ohne Rücksicht darauf, ob Tablettensucht sich ausbreitet oder ob ihre teilweise sogar lebensgefährlichen Mittel zu neuen, weit verbreiteten Krankheiten führen. Daß am Rande dieses Milliarden-Geschäftes sich einige Gangster noch ein paar Millionen nebenbei verdienen, ist nur ein Ausdruck davon, wie fruchtbar der Pharma-Markt für Verbrechen aller Art ist.

Immer häufiger enden die Besuche beim Arzt mit der Verschreibung mindestens eines Mittels – und nicht selten ohne irgendeine Untersuchung. Daneben nimmt aber auch die Zahl der Medikamente ständig zu, die rezeptfrei in jeder Apotheke käuflich sind. Die Folgen sind, daß laut einer Allensbach-Untersuchung 70% der Frauen und 55% der Männer regelmäßig irgendwelche Medikamente einnehmen. Und: Unter 80 000 Suchtkranken, die von offiziellen Stellen behandelt wurden, waren 11 000 nach verschiedenen Medikamenten süchtig. Die Dunkelziffer aber liegt um ein vielfaches höher und steigt ständig an.

„Ja, was schlucken die Leute auch so viel", wird achselzuckend von der Bourgeoisie festgestellt, um den Werktätigen selbst auch noch die Verantwortung für die Verbrechen der Pharma-Konzerne in die Schuhe zu schieben. Tatsache ist, daß durch wachsendes Arbeitstempo, durch ungesunde Ernährung, durch die ganze Lebensweise, die der Kapitalismus den Werktätigen aufzwingt, die Krankheiten ständig zunehmen. Und natürlich hoffen viele Menschen auf Besserung, wenn von der Pharma-Industrie dieses oder jenes Heilmittel in höchsten Tönen Gesundheit garantiert.

Skrupellos nutzen die Pharma-Konzerne diese Hoffnungen der Werktätigen aus. Mit verlogenster Reklame, mit dem Mythos des Helfenden im weißen Kittel sorgen sie sich lediglich um eines: um ständig wachsenden Absatz. Je höher der Medikamentenverbrauch, je verbreiteter die Tablettensucht, desto höher ihre Profite. Ein wahrhaft verbrecherisches Geschäft mit der Krankheit. Der Unterschied zu einer Mafia, die mit Hilfe korrupter Polizei- und Regierungsbeamter Rauschgift unter das Volk bringt, besteht eigentlich nur darin, daß die kapitalistische Pharma-Industrie mit völliger Billigung und Unterstützung des Staatsapparates ihr Geschäft betreibt. Allein von 1965 bis 1974 stieg der Arzneimittelumsatz um 176%, von 3,6 auf 9,9 Milliarden Mark. Im letzten Jahr betrug er sogar 11,7 Milliarden DM, die von einem knappen Dutzend Pharma-Monopolen vereinnahmt wurden, die den Markt beherrschen. Sie alle haben Dutzende Tochter-, Schwester- und Enkelgesellschaften, die vielfach das gleiche Präparat unter verschiedenem Namen – und oft sogar zu verschiedenen Preisen – herstellen und verkaufen. Was für Profite diese Monopole mit ihrem verbrecherischen Geschäft mit der Krankheit erzielen, ist fast unglaublich. **Ein Beispiel dafür ist das bekannte Herzmittel Persantin. Der dafür verwandte Rohstoff kostet z. B. 200 DM pro Kilo, das Mittel am Ende aber kostet 45 500 DM pro Kilo! Ein anderes Beispiel: Die von Bayer hergestellte Acetylsalicylsäure ist im Chemikalienhandel für 12 DM zu kaufen. Doch als Tablette von Bayer unter dem Namen Aspirin liegt der Preis des Wirkstoffes um 2 700% höher.**



Diese Contergan-geschädigten Kinder sind Opfer der skrupellosen Pharma-Industrie.

Das meistverbreitete Argument der Pharma-Konzerne zur Rechtfertigung ihrer Preise ist der angeblich so große „Forschungsaufwand". Tatsache jedoch ist, daß kaum eine wirkliche Grundlagenforschung in

Fortsetzung auf S. 3, Spalte 1

Es lebe der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens!



Bild: Genosse Enver Hoxha, der größte lebende Marxist-Leninist

Am 1. November, am Vorabend des 35. Jahrestags der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens, beginnt der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens. „Die Augen und Herzen des ganzen werktätigen Volkes Albaniens sind auf diesen Parteitag gerichtet, weil das Leben, die Bestrebungen und die Zukunft des Volkes mit der Partei der Arbeit, mit ihrer Linie und ihrer Tätigkeit eng verbunden sind, weil die Interessen der Partei, des Volkes und unseres sozialistischen Vaterlandes untrennbar verbunden sind." Diese Worte des Genossen Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag der PAA haben auch heute volle Gültigkeit.

In den fünf Jahren seit dem letzten Parteitag hat das albanische Volk unter der Führung seiner ruhmreichen und korrekten Partei der Arbeit unaufhörlich glänzende Siege beim Aufbau des Sozialismus und bei der sozialistischen Revolution errungen und die Diktatur des Proletariats weiter gefestigt. Die Grundlage all dieser Siege war und ist die konsequente und prinzipienfeste, marxistisch-leninistische Linie der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze. So wie der 6. Parteitag der PAA ein Meilenstein beim siegreichen Vormarsch der albanischen Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen war, wird auch der 7. Parteitag eine weitere, neue Etappe des erfolgreichen Kampfes auf dem Weg für den endgültigen Triumph der Sache der Arbeiterklasse und des Kommunismus verzeichnen.

(siehe auch Seite 8 und 9.)

EG verschleudert Rindfleisch an Kremlzaren

Ein Riesengeschäft auf Kosten der Werktätigen

Die „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher" meldete in der vergangenen Woche, daß von dem „Rindfleischberg" der Europäischen Gemeinschaft (EG) 20 bis 30 Millionen kg Rindfleisch an die Sowjetunion verschleudert werden soll. Während für die Werktätigen bei uns das Fleisch in den Läden zwischen 8 und 14 DM je Kilo kostet, soll es an die russischen Sozialimperialisten für 1,90 DM pro Kilo verkauft werden. Der Gipfel der Unverschämtheit aber ist, daß dieser Schleuderpreis finanziert wird durch Subventionen, die uns Werktätigen über die Steuergelder abgepreßt werden.

Die EG-Kommission in Brüssel und das Bonner Landwirtschaftsministerium, das in Brüssel ein entscheidendes Wort mitspricht, begründen diesen Verkauf zu Schleuderpreisen mit dem ständig wachsenden „Rindfleischberg" in den staatlichen und privaten Kühlhäusern der EG. Diesen Berg gelte es abzubauen. Tatsächlich werden 400 000 Tonnen Rindfleisch in den Kühlhäusern der EG auf Eis gehalten. Und im kommenden Jahr wird dieser „Berg" noch ganz andere Höhen erreichen: Um den sogenannten Butter- und Milchpulverberg abzubauen, sollen die Bauern in der EG durch Prämienzahlungen veranlaßt werden, 2,5 Millionen Milchkühe schlachten zu lassen.

Wie aber kommt es eigentlich, daß auf der einen Seite die Werktätigen sich immer seltener einen saftigen Rindfleischbraten leisten können, während auf der anderen Seite Hunderttausende Tonnen Rindfleisch in Kühlhäusern lagern, um schließlich zu Spottpreisen z. B. nach Moskau verschleudert zu werden? Die „Verbrauchergemeinschaft" kommt zu dem Schluß, es läge an der „Unfähigkeit" der Herren in Brüssel. Doch die Tatsachen zeigen vielmehr, daß die Brüsseler EG-Kommission sehr wohl „fähig" ist. Die entscheidende Frage nur besteht darin, wem diese „Fähigkeiten" zugute kommen: Sie dienen einzig und allein den Nahrungsmittelmonopolen der westeuropäischen Imperialisten, die sich in der EG zusammengeschlossen haben. Ihnen kommt es nicht im geringsten darauf an, die Versorgung der Bevölkerung

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

AUS DEM INHALT

DM-Aufwertung

Von Währungsstabilität kann keine Rede sein

Am 17. Oktober hat Finanzminister Apel die Aufwertung der DM gegenüber den Währungen von Belgien, Luxemburg, den Niederlanden (jeweils um 2%), Schweden, Norwegen (jeweils um 3%) und Dänemark (6%) bekanntgegeben. Die Währungen dieser Länder sind mit der DM zu einem festen Block verbunden, der sogenannten „Währungsschlange", deren Währungen untereinander nur um eine bestimmte Bandbreite schwanken sollen, während sie gegenüber den anderen Währungen der Welt „frei" schwanken. Sofort nach der Bekanntgabe der Aufwertung der DM hieß es in der bürgerlichen Presse, damit sei ein gewisser Beitrag zur „Stabilisierung" des westlichen Währungssystems geleistet.

Schon seit einiger Zeit war klar, daß die westdeutschen Imperialisten zu einer solchen Maßnahme greifen würden. In den letzten Wochen hat sich die tiefe Krise, in der das kapitalistische Währungssystem steckt, erneut verschärft. Der Dollar, die italienische Lira, das englische Pfund und der französische Franc hatten einen erheblichen Kursverfall zu verzeichnen, so daß sich die Unordnung und das Währungschaos täglich steigerten. Diese Situation des kapitalistischen Währungssystems ist nicht neu, sondern gehört bereits seit einigen Jahren zu den alltäglichen Erscheinungen in der kapitalistischen Welt.

Sie hängt eng mit der allgemeinen Krise der kapitalistischen Welt zusammen. Der Rückgang der Produktion in fast allen kapitalistischen Ländern, die erhöhten Defizite in der Handelsbilanz, die Inflation usw. haben zur Instabilität der Währungen geführt, zu ihrem Wertverlust, ihrer Abwertung und zu Währungsschwankungen. Zugleich hatte dies wiederum Rückwirkungen und vertiefte die Krise weiter. So ist es kein Zufall, daß die italienische Lira und das englische Pfund diejenigen Währungen sind, die am schwersten betroffen sind. Das ist die Folge der tiefen Krise in diesen Ländern. Zugleich ist die Stellung der DM weiter gestärkt worden, weil die Krise in der Bundesrepublik nicht den Umfang und das Ausmaß der Krise in den meisten anderen westlichen kapitalistischen Ländern erreicht hat. Die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der kapitalistischen Länder spiegelt sich auch im Verhältnis der einzelnen Währungen zueinander wider. All dies hat zu einer Verschärfung des Kampfes der kapitalistischen Länder untereinander beigetragen, zur Verschärfung der zwischen ihnen bestehenden Widersprüche. Im Kampf der kapitalistischen Länder untereinander wird auch die Währungspolitik eingesetzt.

Auch in der Frage der Aufwertung der DM waren sich die kapitalistischen Länder keineswegs einig. Vor allem die Länder, die am stärksten von der Krise betroffen sind, verlangten eine weit höhere Aufwertung der DM, die es ihnen gestattet hätte, ihre Waren auf dem westdeutschen Markt erheblich billiger zu verkaufen, während sich die westdeutschen Exporte erheblich verteuert und damit die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Monopole auf den internationalen Märkten verschlechtert hätte. Damit konnten sich die westdeutschen Imperialisten allerdings keineswegs abfinden. So endete das Ganze mit einem Kompromiß zugunsten der westdeutschen Imperialisten, einem Kompromiß, der unweigerlich zu einer neuen Währungskrise führen wird.

Die minimale Aufwertung der DM gegenüber einigen wenigen Ländern wird die Exporte der Monopole kaum beeinträchtigen. Zugleich demonstriert sie aber die starke Stellung des westdeutschen Imperialismus gegenüber seinen „Partnern" in der EG. Die kapitalistischen Länder der EG, insbesondere England und Italien versprechen sich von der Aufwertung der DM eine gewisse Stabilisierung ihrer Währungen und ein Ende der Währungsspekulationen, die in den letzten Wochen große Ausmaße angenommen hatten. Sie hoffen zugleich, jetzt endlich die Kredite, vor allem von den westdeutschen Imperialisten, zu bekommen, die ihnen helfen sollen, ihre kranke Wirtschaft zu sanieren. All dies wird die Stellung des westdeutschen Imperialismus, sein Streben nach Vorherrschaft über die anderen westeuropäischen kapitalistischen Länder stärken und fördern. Schon jetzt haben die westdeutschen Imperialisten von den englischen und italienischen Kapitalisten kategorisch verlangt, „Erfolge" in der Stabilitätspolitik aufzuweisen.

Das bedeutet, die Lasten der Krise sollen noch stärker als bisher auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden. Die Ausplünderungspläne der neuen französischen und italienischen Regierung, der englischen Regierung, die alle der Arbeiterklasse ihrer Länder einen Lohnstopp aufzwingen wollen, zeigen das deutlich. Zugleich sichern sich die westdeutschen Imperialisten als Gläubiger großen Stils die Möglichkeit, ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder zu verstärken. Dadurch werden sich die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern Westeuropas unweigerlich weiter verschärfen.

Die Aufwertung der DM kann die kapitalistische Wirtschaft nicht vor der Währungskrise retten. Sie wird zugleich die Klassenwidersprüche in den kapitalistischen Ländern verschärfen. Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen verstärken ihren Kampf, um nicht zuzulassen, daß die Bourgeoisie die Folgen der Finanz- und Währungs- und Wirtschaftskrise auf ihre Schultern abwälzt.

Ein Riesengeschäft auf Kosten der Werktätigen

Fortsetzung von Seite 1

mit Nahrungsmitteln zu garantieren und zu verbessern, sondern allein darauf, die höchstmöglichen Profite aus dem Geschäft zu ziehen. Den meisten Profit aber ziehen sie nicht daraus, wenn das Angebot an Fleisch auf dem Markt sehr groß ist und die Rindfleischpreise infolgedessen sinken, sondern dann, wenn das Fleisch so teuer wie möglich verkauft wird. Um die Preise durch Verknappung des Angebots hochzuhalten, werden daher Hunderte Millionen Tonnen Rindfleisch, Butter und Milchpulver in Kühlhäusern gehortet oder auch sogar zu Schleuderpreisen ins Ausland verscheuert.

Daß diese Hortung der Nahrungsmittel sowie die Verschleuderung z.B. nach Moskau kein Verlustgeschäft wird, dafür sorgen die Staatsapparate der westeuropäischen Imperialisten, dafür sorgt ihr gemeinsamer EG-Ausschuß. Denn wer finanziert die Lagerkosten und die Subventionen für die Schleuderpreise nach Moskau? Es sind die Werktätigen der EG-Länder, die für diese Kosten herhalten müssen, indem ihnen immer höhere Steuern abgeknöpft werden. Allein für die Lagerhaltung der 400 000 Tonnen Rindfleisch werden täglich 2 Millionen DM gezahlt, von denen nach der Aufschlüsselung durch die EG die westdeutschen Werktätigen täglich 600 000 DM zahlen müssen. Nicht anders ist es bei den Schleuderverkäufen nach Moskau, die den Nahrungsmittelmonopolen trotz des geringen Verkaufspreises gewaltige Profite einbringen: Der Schleuderpreis kommt einzig und allein durch Subventionen zustande, die wiederum die Werktätigen zu zahlen haben. Denn tatsächlich erhalten die Exporteure für ihr Fleisch, das sie nach Moskau verscherbeln, nicht nur die 1,90 DM pro Kilo aus Moskau, sondern dazu noch 5,20 DM pro Kilo aus den Steuerhaushalten der EG-Länder. Bei dem geplanten Verkauf von 30 000 Tonnen sind es somit 150 Millionen DM, die die Werktätigen dafür zu zahlen haben, daß das Fleisch zum Schleuderpreis von 1,90 DM nach Moskau geht.

Die Nahrungsmittelmonopole der EG, darunter vor allem auch die westdeutschen Nahrungsmittelkonzerne, machen dabei ihren Reibach. Sie schlagen sogar zwei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen haben sie durch die Einlagerung und Verschleuderung des Rindfleischs garantiert, daß die Preise auf dem Markt für die Werktätigen ständig steigen, sich also ihre Profite erhöhen. Zum anderen aber verdienen sie sich noch dumm und dämlich an der Verschleuderung des zurückgehaltenen Rindfleisches, indem sie sich diese Verschleuderung über den kapitalistischen Staatsapparat von den Werktätigen finanzieren lassen.

Einen Reibach bei diesem Geschäft machen natürlich auch die russischen Sozialimperialisten. Seit sich Jahr für Jahr die Folgen der Restauration des Kapitalismus in der sowjetischen Landwirtschaft immer schärfer auswirken und bereits sogenannte „fleischlose Tage" in der Sowjetunion eingeführt worden sind, sind die russischen Sozialimperialisten über solche Geschäfte natürlich glücklich. Sie ermöglichen ihnen, ihre Politik „Kanonen statt Butter" noch intensiver zu verfolgen. Zum anderen aber machen sie, wie sich bereits bei den Buttergeschäften gezeigt hat, noch dicke Geschäfte mit den aufgekauften Nahrungsmitteln, indem sie sie an die anderen Länder des Ostblocks oder auch an Entwicklungsländer zu entschieden höheren Preisen weiterverkaufen.

Während so die Nahrungsmittelkonzerne vom Staat die Höchstprofite garantiert bekommen, sind es die Werktätigen, die den Schaden davontragen. Denn sie haben Hunderte Millionen DM für die Hortung und Verschleuderung des Rindfleisches aufzubringen, damit letztlich die Rindfleischpreise in den Läden weiter steigen können. So absurd das klingt: Die Werktätigen müssen dafür zahlen, daß sie sich immer weniger Fleisch leisten können. Der Grund dafür aber ist nicht etwa die „Unfähigkeit" dieser oder jener Politiker, sondern die Herrschaft des Kapitalismus, in dem einzig und allein das Gesetz des Profits regiert, auf Kosten der Werktätigen und gegen ihre Interessen. Die EG ist dabei nichts anderes als ein Instrument der westeuropäischen Imperialisten, daß sie sich gemeinsam geschaffen haben, um die Werktätigen noch besser, noch umfassender ausbeuten und ausplündern zu können.

Offen gesagt ...

Ein empörendes Geschenk

Die Gebrüder Flick können sich die Hände reiben. Ihr Duzfreund Friderichs hat entschieden und sein Kollege Apel gab seinen Segen dazu: Für die 1,8 Milliarden DM, die sie sich beim Verkauf ihrer Daimler-Benz-Aktien in die Tasche gesteckt haben, brauchen sie keinen einzigen Pfennig Steuern zu bezahlen. Wahrhaftig eine empörende „rührende Fürsorge" der Regierung für die Gebrüder Flick, die zu den größten Ausbeutern in der Bundesrepublik gehören.

Diese Nichtstuer und Schmarotzer leben davon, daß sie Zehntausende von Arbeitern für sich schuften lassen und bis aufs Blut aussaugen. Sie dagegen führen ein Leben in Saus und Braus. Der ganze Reichtum, der in ihren Händen konzentriert ist, ist zusammengeraubt von Generationen von Arbeitern. Mit dem Namen Flick sind die größten Verbrechen des deutschen Imperialismus verbunden: die Errichtung der nazifaschistischen Diktatur ebenso wie die Anzettelung des 2. Weltkrieges, der Überfall auf die Völker Europas, der Tod von Millionen von Menschen auf den Schlachtfeldern des Krieges.

Das Steuergeschenk für die Gebrüder Flick ist zwar das größte, aber nicht das einzige seiner Art. Erst kürzlich meldete die bürgerliche Presse, daß Bundeswirtschaftsminister Friderichs über hundert Kapitalisten, die einen Antrag auf Befreiung von der Steuer gestellt haben, die Steuern erlassen hat. Die Summe dieses Steuer„geschenks" beträgt 100 Millionen DM.

Und während die Bundesregierung den Monopolen das Geld mit vollen Händen in die Taschen schiebt, zieht sie die Steuerschraube für die Werktätigen weiter an. Schon jetzt sind die Abgaben der Werktätigen von den Löhnen und Gehältern so hoch wie nie zuvor. Von jeder Mark, die heute mehr verdient wird, fließen 59 Pfennig direkt wieder in die Kassen des bürgerlichen Staates. Schon ist eine erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer angekündigt, die das Leben der Werktätigen noch mehr als bisher verteuern wird. Natürlich wird auch diese Entscheidung, ebenso wie die, den Flicks ein riesiges Steuergeschenk zu machen, erst nach den Wahlen offiziell spruchreif. Es hätte ja sonst sein können, daß die Parole von der „sozialen Gerechtigkeit", mit der die Regierung vor den Wahlen hausieren ging, allzuviel an Glaubwürdigkeit verloren hätte.

Wenn Helmut Schmidt im Dezember bei seinem Amtsantritt unter anderem schwören wird, seine „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes" zu „widmen" und seinen „Nutzen" zu „mehren", so hört sich das gut an. In Wirklichkeit ist es aber ein Meineid. Die Aufgabe Helmut Schmidts ist es, wie die jeder anderen kapitalistischen Regierung, den Monopolkapitalisten, den Ausbeutern, zu dienen und für die Mehrung ihrer Profite zu arbeiten, die werktätigen Massen aber auszuplündern und zu unterdrücken.

Wir hören jeden Tag schöne Worte über den „sozialen Rechtsstaat", in dem wir angeblich leben. Aber schaut man genauer hin, dann stellt man fest, daß die Ausplünderung der Werktätigen durch den Staat ein Ausmaß wie nie zuvor erreicht hat, während die Monopole Millionensummen, sei es in Form von Steuergeschenken, Investionshilfen usw. kassiert haben; dann entpuppt sich dieser Staat als Staat der Flicks, der Krupp und Thyssen, als Staat einer Handvoll von Ausbeutern, die dem Volk im Nacken sitzen.

Kurz berichtet

KITZINGEN

Ihre Geburtstagsfeier haben eine Genossin und ein Genosse aus Kitzingen dazu benutzt, von ihrer Reise in die Volksrepublik Albanien zu berichten. Etwa 35 Genossen und Sympathisanten waren gekommen. Einige von ihnen hörten zum ersten Mal Näheres über den Aufbau des Sozialismus in Albanien. Nach dem Reisebericht wurde eine Landkarte von Albanien versteigert. Die Versteigerung und eine anschließende Sammlung ergaben 125 DM, die für die Grundsatzerklärung der KPD/ML gespendet wurden.

WESTBERLIN

Am 16. Oktober trafen sich etwa 70 Freunde und Genossen in den Räumen der ROTEN GARDE in Westberlin. Einige Genossen berichteten von ihren Erlebnissen und Eindrücken auf dem internationalen Sommerlager der Kommunistischen Arbeiterpartei/Marxisten-Leninisten Norwegens und ihrer Jugendorganisation „Rote Jugend". Die Genossen auf der Veranstaltung beeindruckte besonders die internationale Solidarität, die bei allen gemeinsamen Aktivitäten im Lager zu spüren war. Es war der Marxismus-Leninismus, der gemeinsame Kampf für das Ziel des Sozialismus, der die jungen Kommunisten aus verschiedenen Ländern zusammenschloß. Die Genossen, die am Sommerlager teilgenommen hatten, stellten außerdem ausländische Lieder vor, die sie im Sommerlager gelernt hatten. Die Besucher der Versammlung verabschiedeten auch eine Solidaritätsresolution für Gary Tyler, einen afroamerikanischen revolutionären Jugendlichen, der von den amerikanischen Imperialisten eingekerkert worden ist. Eine Spendensammlung für die ROTE GARDE ergab 205 DM. Zum Schluß der Versammlung tanzten die Freunde und Genossen verschiedene Volkstänze aus anderen Ländern.

AACHEN

Noch vor den Bundestagswahlen veranstaltete die Jugendorganisation der modernen Revisionisten, SDAJ, eine Neuauflage des „Festivals der Jugend" im Kleinformat. Nach bewährter Methode wollte man mit Popmusik und Würstchen Wählerstimmen für die D„K"P einfangen. Aber schon zu Beginn des Festes wurde ihnen die Stimmung gehörig verdorben. Mitten auf dem Festplatz hatte die ROTE GARDE zwei nicht zu übersehende Parolen gemalt: „D,K'P und SDAJ, Verräter am Kommunismus – KPD/ML." Darüberhinaus hatten die Genossen rings um den Platz Plakate und Aufkleber angebracht, in denen vor diesen Verrätern am Kommunismus gewarnt wurde.
Während des Festrummels verteilten die Genossen Flugblätter gegen die modernen Revisionisten, in denen ihr sozialfaschistischer Charakter entlarvt wurde. Als die modernen Revisionisten sahen, daß die Genossen Flugblätter verteilten, mobilisierten sie ihren Schlägertrupp. Die D„K"P-Schläger stürmten auf die Genossen zu, um sie zu überfallen, ihnen die Flugblätter zu entreißen und sie zu vertreiben. Solche Angriffe starteten sie mehrmals. Sie konnten aber nicht verhindern, daß diese Überfälle bei einem großen Teil der Besucher des Festes, insbesondere bei den ausländischen Kollegen, von denen viele auf dem Fest waren, Empörung hervorriefen. Ein Kollege albanischer Nationalität aus Jugoslawien hat die Genossen sogar gebeten, ihm das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, „Zeri i Popullit", zu besorgen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Hagen

Brutaler Polizeiüberfall auf türkische Revolutionäre

Am 16. Oktober hat in Hagen eine Demonstration türkischer Patrioten und Antifaschisten stattgefunden. Sie richtete sich gegen die Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes, der faschistischen „Nationalistischen Bewegungspartei" und ihrer Jugendorganisation „Graue Wölfe" in der Bundesrepublik, wo sie eng mit der Polizei zusammenarbeiten. Die Demonstration in Hagen wurde von der Hagener Polizei und türkischen Faschisten brutal überfallen. Es gab 25 Verletzte.

Als die türkischen Patrioten und Revolutionäre zum Abmarschort der Demonstration kamen, mußten sie feststellen, daß der Platz von einer kleinen Gruppe von Faschisten besetzt war. Diese beschimpften die türkischen Patrioten und Revolutionäre und versuchten, sie zu provozieren. Diese Provokation hat die Hagener Polizei benutzt, um die vorher ordnungsgemäß gemeldete Demonstration sofort zu verbieten und ihre Auflösung zu verlangen. Sie leitete die Demonstranten schließlich in eine menschenleere Sackgasse und riegelte diese so ab, daß keiner mehr hinaus konnte.

Die Polizei hetzte jetzt von hinten Hunde auf die Demonstranten und prügelte ohne Warnung mit Gummiknüppeln los. Ungefähr 10 bis 30 Demonstranten wurden verhaftet und in Handschellen abgeführt. Dabei kümmerte es die Polizisten wenig, daß die Verhafteten teilweise aus Bißwunden heftig bluteten. Selbst auf Frauen und Kinder wurden die Hunde gehetzt, wenn sie verletzt am Boden lagen, wurden sie von den Polizisten ausgelacht, so z. B. eine Frau, die durch Hundebisse am Hals und am Knie verletzt, hilflos blutend am Boden lag. Sie, wie auch viele andere, hatten so starke Verletzungen erlitten, daß sie zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Ein türkisches Mädchen wurde während des Überfalls von den Faschisten mit einem Auto entführt. Die Polizei weigert sich, auch nur eine Anzeige aufzunehmen.

Dieser unglaubliche, brutale Überfall auf die Demonstration zeigt erneut die enge Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten mit den reaktionären und faschistischen Kräften in der ganzen Welt. Schon seit langem können die türkischen Faschisten in der Bundesrepublik ungehindert ihr Handwerk treiben. Auf Konto dieser Faschisten gehen mehrere Morde und Mordanschläge in der Bundesrepublik. So erschlugen sie z. B. vor zwei Jahren in Hamburg den türkischen Revolutionär Neset Danis. Der Mörder entkam unter dem Schutz der Hamburger Polizei. In Düsseldorf wurde der türkische Patriot Himet Karduman von den Faschisten erstochen.

Die faschistischen türkischen Banden in der Bundesrepublik setzen hier das fort, was heute in der Türkei alltäglich ist: Mord an revolutionären und patriotischen Menschen auf offener Straße durch die Terrororganisation der „Grauen Wölfe", Verhaftungen, Folter in den Gefängnissen, Einkerkerungen von Marxisten-Leninisten für 15-20 Jahre, Verbot und Unterdrückung der revolutionären Presse. Von den Sondergerichten des herrschenden Regimes in der Türkei sind in der letzten Zeit allein über 1 000 Patrioten abgeurteilt worden.

Für die in Hagen verhafteten türkischen Patrioten und Revolutionäre besteht jetzt die Gefahr, in die Türkei ausgeliefert zu werden. Was sie dort, in den Händen des türkischen Geheimdienstes und den Gefängnissen des Regimes, erwartet, liegt auf der Hand.

Freiheit und keine Abschiebung für die türkischen Patrioten und Revolutionäre!

Gegen Genossen Peter Schulte fordert Saatsanwalt:

14 Monate Gefängnis ohne Bewährung

In der letzten Woche begannen in Dortmund zwei weitere Prozesse gegen die revolutionäre Presse. Genosse Dieter Kwoll, ehemaliger presserechtlich verantwortlicher Redakteur der Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS ist wegen vier Ausgaben der Zeitung, in denen der Polizeimord am Genossen Günter Routhier angeklagt wurde und zur Solidarität mit dem „Roten Morgen" aufgerufen wurde, wegen Beleidigung und böswilliger Verächtlichmachung des Staates angeklagt; Genosse Peter Schulte, früherer presserechtlich Verantwortlicher in Dortmund, für neun Flugblätter und Betriebszeitungen der KPD/ML wegen Volksverhetzung, Verächtlichmachung des Staates und Beleidigung.

Für die etwa 100 Freunde und Genossen, die teilweise zum ersten Mal einen solchen politischen Prozeß miterlebten, waren diese Prozesse ein Lehrstück über den Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz.

In beiden Prozessen wurde die Öffentlichkeit teilweise ausgeschlossen, im RHD-Prozeß sogar von einem starken Polizeiaufgebot aus dem Gericht getrieben. Richter v. Krahn: „Zur Öffentlichkeit gehört nicht, daß jeder Interessierte zuhören kann." In beiden Prozessen ging es der bürgerlichen Klassenjustiz, für jeden offensichtlich, nicht darum, die Wahrheit zu finden, sondern die Genossen wegen ihrer revolutionären Gesinnung zu verurteilen. In Dieters Prozeß sagte der Genosse Pit Routhier aus, wie schwer die Polizisten seinen Vater im Gerichtssaal mißhandelt haben. Genossin Anna Schulte berichtete von dem Polizeiüberfall auf den Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter. Diese Aussagen waren für das Gericht genauso „unerheblich" wie das Gutachten von Prof. Krauland, das u. a. medizinisch beweist, daß Genosse Günter an den Folgen der Mißhandlungen durch die Polizei gestorben ist. Die „Beweisaufnahme" in Peters Prozeß bestand dagegen im Verlesen der gleichen Zitate aus den Flugblättern und BZs, die der Staatsanwalt schon vorher in seiner Anklage verlesen hatte. Alle Beweisanträge des Genossen waren dagegen „völlig ungeeignet". Und als der Genosse dieses Vorgehen der bürgerlichen Klassenjustiz entlarvte, äußerte der Staatsanwalt unverhohlen seinen Wunsch nach einer Spezialprozeßordnung für die KPD/ML und der Richter beklagte, es gäbe leider noch nicht genügend Bestimmungen, um diesen programmatischen Reden genügend rasch Einhalt zu gebieten.

In seinem Plädoyer gegen Peter redete der Staatsanwalt Klartext. Der Genosse müsse deshalb verurteilt werden, weil er das, „was Lenin, Stalin, China und Enver Hoxha vorexerzierten, in unserem Land mit erstaunlicher Akribie anwende". Er müsse verurteilt werden, weil er nur ein Ziel kenne: diesen Staat zu verunglimpfen, um die Revolution vorzubereiten. Mit besonderem Haß reagierte er auf die Aussage des Genossen, daß sich die KPD/ML niemals auf den Weg der „maßvollen Kritik" am Staat, auf den Weg des Verrats an der Arbeiterklasse, des modernen Revisionismus, drängen lassen werde. Der Staatsanwalt: Hier ist keine positive Regung, keine Besserung zu erwarten. Deshalb käme nur eine hohe Gefängnisstrafe in Betracht: 14 Monate ohne Bewährung. Aber auch hier sei er sicher, daß das nicht „greift". Und wenn das nicht greift? Was kommt dann?

Gegen diese Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz auf die revolutionäre Presse machten Partei und RHD in Dortmund eine breite Kampagne, wo die Solidarität der Werktätigen mit den angeklagten Genossen zu spüren war. So wurden etwa in der Gegend des RHD-Büros in einer Stunde über 20,-- DM und in einem Dortmunder Zechenviertel in einer Stunde 26,-- DM für die Prozesse gesammelt.

Das verbrecherische Geschäft mit der Krankheit

Fortsetzung von Seite 1

Westdeutschland betrieben wird. Die meisten Medikamente zum Beispiel werden in ihrer Wirkung erst auf dem Markt selbst ausprobiert. Da werden dann Muster an Ärzte verteilt, die diese an Patienten kostenlos weitergeben, um die Wirkung zu überprüfen. Da werden in Krankenhäusern ohne Wissen der Patienten Experimente angestellt. Oder die Medikamente gehen, wie die Weltgesundheitsorganisation vor kurzem berichtete, erst einmal in die Entwicklungsländer, weil sie noch als „risikoreich" eingestuft werden. Affären wie der Contergan- oder der Menocil-Skandal, bei denen Tausende Kinder tot oder verkrüppelt geboren werden, Tausende Menschen lebensgefährlich erkrankten, einige starben, zeigen, wie es um diese „Grundlagenforschung" bestellt ist. „Geforscht wird hingegen von den Konzernen vor allem danach, was sich wie am besten verkaufen läßt. Da scheuen sie allerdings keine Summen.

Im übrigen sind die „Neuheiten" an Arzneimitteln nicht etwa neu erforschte Mittel, sondern in der Regel nur eine Produktvariation, die den Umsatz verbreitern soll. So gibt es z. B. allein von Aspirin 60 verschiedene Varianten, die sich höchstens in Form und Dosierung unterscheiden. Besonders zahlreich und immer verbreiteter sind dabei sogenannte „Mischarzneien", die bis zu acht verschiedene Wirkstoffe besitzen. Sie machen 80 bis 90% der Medikamente aus. Während sie dem Patienten kaum helfen, da sie das jeweils besondere Krankheitsbild kaum erfassen, dienen sie vor allem den Konzernen und ihren Kassen, denn sie garantieren eine breite Anwendung bei den verschiedensten Krankheiten. Dabei werden die Patienten mit den verlogensten Versprechungen regelrecht belogen und betrogen. Wahre Wundermittel scheinen da zu entstehen: Ein Beispiel dafür ist ein schlicht aus Sojabohnen ausgepreßtes Lecithin-Konzentrat der Firma Nattermann. Mit unglaublicher Unverfrorenheit wird dieses Konzentrat, mal mit einigen Vitaminen, mal mit einigen Chemikalien oder Ölen versetzt, als Mittel gegen alles verkauft. So einmal als Mittel gegen „venöse Durchblutungsstörungen", ein andermal gegen „postoperative Weichteilschwellungen", dann gegen „Leberzirrhose" oder auch gegen „Schuppenflechte", bei „Arteriosklerose" (Arterienverkalkung), ebenso gegen „Ohrrauschen" wie zur Verhinderung von „Rachitis", gegen „chronische Entzündungen der Gallenwege", gegen „Konzentrationsmangel", zur Förderung des „Zellstoffwechsels", als Mittel um „vorzeitiges Altern zu stoppen", oder auch „zur Wiederherstellung des Wohlbefindens im Alter". – **Ein Heilmittel vor allem für den Konzern Nattermann, der mit dieser Substanz unter verschiedenen Namen zwei Drittel seines Umsatzes bestreitet.**

Wie es tatsächlich um die Wirksamkeit dieses Mittels steht, dafür spricht allein ein Beispiel: Der Nattermann-Konzern behauptet in seiner Reklame, wissenschaftliche Versuche in den USA hätten ergeben, daß allein diese Substanz Arterienverkalkung nicht nur stoppen, sondern sogar heilen könne. Doch wenn man die amerikanischen Untersuchungen studiert, stellt man fest, daß diese Untersuchungen mit japanischen Wachteln durchgeführt wurden, denen das Mittel in einer Dosierung gespritzt wurde, die im entsprechenden Verhältnis kein Mensch, vor allem kein kranker, vertragen kann. Vor allem hatten die Forscher einleitend in ihrer Studie ausdrücklich gewarnt, daß aus den Versuchen keine Rückschlüsse auf die Behandlungsmöglichkeiten von an Arterienverkalkung leidenden Menschen gezogen werden dürften.

Wen wundert es da, daß anläßlich einer Untersuchung von 96 Kranken mit Bluthochdruck der Sozialmediziner Professor Pflanz feststellte, daß 10% der Patienten mit falschen Medizinen behandelt wurden? Immer mehr Menschen, die Medizin nahmen, um gesund zu werden, erkranken an den Nebenerscheinungen der Medikamente. Für die Pharma-Monopole aber entscheiden nicht die positiven oder negativen Ergebnisse der Anwendung über die Verkaufsmengen, sondern lediglich die Frage des Profits. Alles andere ist dann eine Frage der Werbung und der „Verkaufsstrategie".

Werbeaufwendungen von 30% des Umsatzes je Präparat sind im allgemeinen die Regel, die im Pharma-Geschäft gilt. Diese Tatsache allein zeigt schon, wie hoch tatsächlich die Profite liegen müssen. Neben Anzeigenkampagnen wird vor allem versucht, durch Milliardenaufwand die Ärzte zu bestechen, sich für dieses oder jenes Medikament zu entscheiden. Da werden teure Werbegeschenke, Büchereien, Schallplattensammlungen, Angelausrüstungen – ganz nach Wunsch und Bedarf – verschenkt, werden Einladungen zu „medizinischen Tagungen" in der Südsee oder sonstwo vergeben. Allein für 10 000 Ärztebesucher, die den Ärzten die Werbegeschenke überreichen und sie beschwatzen, werden von den Pharma-Konzernen alljährlich – Dienstauto, Gehalt und Spesen einberechnet – 1 Milliarde DM ausgegeben! Zu zahlen haben all dies die Werktätigen, denn in dem Preis jedes Präparates sind diese Kosten bereits umgelegt.

All diese Verbrechen an der Gesundheit des Menschen, das Geschäft der Medikamenten-Mafia mit der Krankheit, ist natürlich keineswegs ungesetzlich. **Im Gegenteil, diese Konzerne haben bei ihrem verbrecherischen Geschäft die volle Unterstützung von Staat und Regierung.** Vielmehr ist es der kapitalistische Staatsapparat, der den Pharma-Konzernen den Weg für ihre Profite ebnet und sie in jeder Hinsicht vor den Werktätigen schützt. Als zum Beispiel das weitverbreitete Mittel Contergan dazu führte, daß 5 000 Kinder tot oder verkrüppelt geboren wurden, war es der Staatsapparat mit seiner Klassenjustiz, der sich vor den Konzern stellte: Die Ansprüche der betroffenen Werktätigen wurden abgewiesen, der Prozeß eingestellt. Grünenthal zahlte „freiwillig" 100 Millionen Mark in die Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder" (also 10% dessen, was allein für die Ärztebesucher der Pharma-Konzerne jährlich ausgegeben wird). Und alles andere zahlt der Staatsapparat von dem Geld, das er den Werktätigen durch die Steuern aus den Taschen zieht.

Nicht anders als 20 Menschen an dem Mittel Menocil starben, viele schwer erkrankten: Um die Empörung der Werktätigen zu dämpfen, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das schließlich, als Gras über die Sache zu wachsen schien, eingestellt wurde. Noch heute kann z. B. die Firma Ciba-Geigy ihr Abführmittel Mexaform massenhaft vertreiben, obwohl in Japan mehrere Menschen an der Krankheit Smon, die durch Mexaform hervorgerufen wurde, gestorben, Hunderte verkrüppelt sind und noch mehr schwer erkrankten. Und selbst für ihre Opfer haben diese Verbrecher nur Hohn und Zynismus übrig. Als in England die Kinder, die von dem Präparat Thalidomid geschädigt waren, je 414 000 DM erhielten, das Zehnfache an Entschädigung von dem, was die Betroffenen in der Bundesrepublik erhielten, kommentierte dies das Pharma-Blatt „Praxis-Kurier": „Eine derart hohe Abfindung" müsse die Kinder zu „Frührentnern abstempeln und ihre notwendige Eigeninitiative ersticken". Aus diesen Worten spricht die ganze Menschenfeindlichkeit dieser Konzerne und ihres kapitalistischen Systems.

Nicht, daß der Kapitalismus die Menschen „nur" krank macht, sondern selbst aus dieser Krankheit werden noch Profite – und zwar die höchsten – geschlagen. **Alle Wahlparolen, Reklameversprechungen können darüber nicht hinwegtäuschen: Im Kapitalismus zählt die Gesundheit der Werktätigen nur soweit, wie sie für die Kapitalisten zum Zweck der Ausbeutung nützlich ist. Die Bourgeoisie kennt nur ein für sie entscheidendes Gesetz, das des Profits – auf Kosten der Werktätigen, auf Kosten ihrer Arbeit, auf Kosten ihrer Gesundheit, auf Kosten ihres Lebens!**

800 DM zuviel vom Arbeitsamt kassiert - 3 Monate Gefängnis

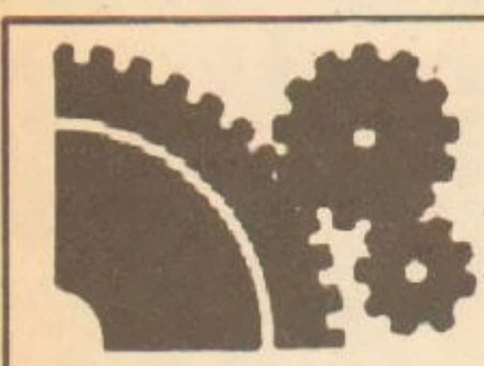
In Delmenhorst wurde Ende September ein 38jähriger Mann zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Der Grund für dieses scharfe Urteil: Er hatte einen Monat lang unberechtigt Arbeitslosengeld bezogen.

Noch im Dezember war er arbeitslos gewesen. Die Schulden waren ihm aufgrund seiner Lage immer über den Kopf gewachsen. Da bekam er im Januar endlich Arbeit. Zuerst in einem Bremer, dann in einem Delmenhorster Betrieb. Da die Schulden aber bezahlt werden mußten, ließ er sich, obwohl er Arbeit gefunden hatte, neben seinem Lohn die Unterstützung des Arbeitsamtes für Januar ausbezahlen: Es waren 800 DM. Damit konnte er seine Schulden zahlen. Doch die Sache flog auf. Er zahlte zwar jetzt die Unterstützung ans Arbeitsamt in Raten zurück, wurde aber dennoch wegen Betruges vor Gericht gestellt.

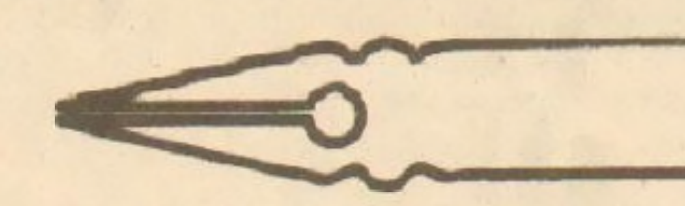
Das Gericht urteilte: „Sie haben ein gestörtes Verhältnis zu den Gesetzen. Aus diesem Grund reicht eine Geldstrafe allein nicht aus." – Drei Monate Gefängnis auf Bewährung. Der Staatsanwalt hatte zuvor sogar noch zusätzlich eine Geldstrafe von 400 Mark gefordert: Derartige Betrügereien, so betonte er, seien keine „Kavaliersdelikte". – Und er fügte demagogisch hinzu: Schließlich gehe so etwas ja zu Lasten der Steuerzahler. Sicherlich hatte der Kollege das Arbeitsamt betrogen.

Aber rechtfertigt das eine Strafe von drei Monaten Gefängnis? Und was heißt das: Es handle sich nicht um ein Kavaliersdelikt? Es ist geradezu typisch, daß ein kleiner Betrug eines Arbeiters, der aufgrund seiner Arbeitslosigkeit in Schulden steckt, schwer bestraft wird, während die Millionen- und Milliardenbetrügereien der Kapitalisten als „Kavaliersdelikte" gelten. Wurde vielleicht der Gunter Sachs bestraft, weil er Millionen und Abermillionen ins Ausland verschob? Und die Steuerhinterziehung der Flick-Erben, die ihnen 1 Milliarde DM einbrachte? Die galt nicht mal als „Kavaliersdelikt", sondern war als „Geschenk" sogar noch nach den Gesetzen der Bourgeoisie rechtmäßig. Und die betrügerischen Bankrotte der Finanzkapitalisten wie Herstatt? Diese Leute laufen frei und ungestraft herum, während ein kleiner Arbeiter wegen 800 DM, die er sich vom Arbeitsamt zuviel auszahlen ließ – die er aber, als die Sache aufflog, sofort begann, in Raten zurückzuzahlen – zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wird. Genau das ist die Klassenjustiz der Bourgeoisie.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

UM DIE BERECHTIGTEN ANSPRÜCHE GEPRELLT

Liebe Genossen!

Ein Kollege von mir, ein Lehrling, hat mir kürzlich voller Empörung von seinen Erfahrungen mit der arbeiterfeindlichen LVA berichtet.

Der Kollege weiß seit einiger Zeit durch seinen Arzt, daß er aufgrund einer Kniekrankheit seinen zukünftigen Beruf als Maschinenschlosser nicht ausüben kann. Deshalb hat er einen Antrag auf Umschulung gestellt – er möchte Sozialpädagoge werden.

Also bekam er einen Termin bei der „Vertrauensärztin" der LVA. Die war nun von Anfang bis Ende darauf bedacht, den Kollegen abzuwimmeln. Zuerst zerrte sie ein paarmal an seinen Beinen, um dann festzustellen, daß da ja gar nichts festzustellen sei. Das war die ganze „ärztliche Untersuchung"!

Dann sagte sie, der Kollege müsse sofort mit der jetzigen Lehre aufhören, wenn er überhaupt Chancen haben wolle. Sie begründete das damit, daß die LVA ja sonst bei beendeter Lehre die Unterstützung für einen Facharbeiter zahlen müßte und das könnte man ihr ja wohl nicht zumuten. Einem Lehrling ist es also demnach zuzumuten, daß er seine (kurz vor dem Abschluß stehende!) Lehre abbricht, damit die LVA ein paar Mark gespart hat. So steht es also mit den vielgepriesenen vielseitigen Berufschancen im Kapitalismus!

Mein Kollege will seine Lehre auf jeden Fall abschließen, um trotz seiner Berufsuntauglichkeit zumindest eine abgeschlossene Ausbildung zu haben, weil er diesem Staat nicht traut. Er bestand deshalb auf seinem Recht. Nun hat der Kollege von der LVA Bescheid erhalten: Sein Antrag ist abgelehnt! In dem vorgedruckten Formular steht, daß „die ärztliche Untersuchung ergab, daß die Voraussetzungen nicht vorliegen".

Dann wird im weiteren in einem mit Schreibmaschine geschriebenen Teil des Schreibens behauptet: „Bereits ein halbes Jahr nach dem Beginn der Ausbildung haben die Beschwerden eingesetzt, die jetzt die berufliche Rehabilitation begründen. Es handelt sich hier eindeutig um die Folgen einer falschen Berufswahl ..."

Da der Kollege bei keiner anderen Stelle außer bei der „Vertrauensärztin" war, stammt diese unverschämte Lüge auch direkt von ihr. Der Kollege hatte ihr nämlich erzählt, daß die Beschwerden zum ersten Mal ein Dreivierteljahr nach Beginn der Lehre aufgetreten sind und zwar beim Fußballspielen. Die Berufsunfähigkeit wurde überhaupt erst vor einigen Monaten festgestellt.

Warum aber lügt die Ärztin in ihrem Bericht?

Die Antwort ist nicht schwer: Einerseits heißt es in den Regeln der LVA, daß sie nur dann zahlen muß, wenn der Betroffene bereits 1/2 Jahr in dem Beruf gearbeitet hat. Andererseits versucht die LVA, soweit nur irgend möglich, die Arbeiter um ihre berechtigten Ansprüche zu prellen. Denn es ist bekannt, daß den Arbeitern zwar jeden Monat die Beiträge, die immer wieder erhöht werden, abgeknöpft werden, daß dieses Geld vom Staat jedoch dann mit vollen Händen an die Kapitalisten ausgeschüttet wird.

An diesem Beispiel wird auch die Rolle von diesen sogenannten „Vertrauensärzten" deutlich. Sie sind dazu da, um dem kapitalistischen Staat dabei zu assistieren, wenn er den Arbeitern ihre berechtigten Ansprüche streitig machen will.

Mein Kollege hat sich jedoch nicht bluffen lassen. Er kämpft weiter um sein Recht und geht auch vor Gericht, um sich gegen den Betrug zu wehren.

BETRIEBSRAT BESPITZELT KRANKE KOLLEGEN

Ich arbeite in einem Betrieb, der zu 90% Frauen beschäftigt. Was die Zusammenarbeit von Geschäftsleitung und Betriebsrat betrifft, ist man ja schon einiges gewohnt. Was sich unser Betriebsrat jetzt ausgedacht und in die Hand genommen hat, ist eine wahrhaft offenherzige Enthüllung und ein anschauliches Beispiel dafür, daß der Betriebsrat im Kapitalismus nicht im entferntesten eine Interessenvertretung der Kollegen ist: Der Betriebsrat hat vor einiger Zeit den Entwurf einer neuen Betriebsordnung erarbeitet, die „u.a. auch den Bereich der betrieblichen Ordnungsmaßnahmen regeln soll." Darunter fallen und werden aufgeführt Verhängung von Verweisen, Verwarnungen ect. Weiter: Der Betriebsrat hat sich zur Aufgabe gemacht, die Kollegen, die krank sind, zu bespitzeln. Da der Krankenstand in unserem Betrieb höher liegt, als die Vergleichszahlen der AOK Krankenkasse, wird sich der Betriebsrat dafür einsetzen, daß das geändert wird. Eine Kollegin fragte daraufhin, ob die Herren von Geschäftsleitung und Betriebsrat identisch sind.

Rotfront! Eine Hamburger Genossin

DRUCKER BOYKOTTIEREN SONDERBEITRAG

Liebe Genossen!

Unter der Belegschaft meines Betriebes herrscht zur Zeit eine große Empörung über den Beschluß der IG Druck und Papier, einen „Sonderbeitrag" zu erheben. Für den Verrat unseres Streiks auch noch Geld zu verlangen, ist doch eine zu dicke Unverschämtheit!

Zuerst wußten wir nicht recht, ob und was wir dagegen tun sollten. Manche Kollegen meinten aus ihrer bisherigen Erfahrung, daß man doch nicht alle unter einen Hut bekommen würde. Als dann aber selbst die Gewerkschaftsbonzen in ihrer Zeitung zugeben mußten, daß es Proteste dagegen „in recht vielfältiger Form" hageln würde, gab auch ich mir einen Ruck und besprach die Sache mit der Partei. Wir beschlossen dann, eine Unterschriftensammlung unter den Kollegen zu organisieren.

Zuerst sprach ich mit fast allen Gewerkschaftsmitgliedern, diskutierte mit ihnen die Politik des reaktionären Gewerkschaftsapparats und bereitete so die Unterschriftensammlung vor. Die Kollegen waren begeistert, daß endlich nicht nur gemeckert, sondern etwas organisiert wird. Die Kollegen wollten sogar, daß wir nicht nur gegen den Sonderbeitrag protestieren, sondern daß wir den verlangten Beitrag einfach nicht bezahlen dürften. Daraufhin nahmen wir diesen Punkt auch noch in den Text der Unterschriftenliste auf.

Ich erklärte den Kollegen auch, daß wir die Unterschriftensammlung unter der Hand organisieren müssen, da eine nicht von der Geschäftsleitung genehmigte Unterschriftensammlung ein Kündigungsgrund ist und außerdem den Organisatoren Gewerkschaftsausschlüsse drohen. So ließen wir dann auch bewußt die Betriebsräte und einen unzuverlässigen Kollegen aus.

Trotz verschiedener Schwierigkeiten (zwei Schichten) gaben innerhalb von zwei Tagen 15 von 21 Gewerkschaftsmitgliedern der Druckerei ihre Unterschrift. Nur ein Drucker (aktiver SPD-ler, Vater Gewerkschaftsfunktionär, wohnt in Wohnung der „Neuen Heimat") war für den Sonderbeitrag.

Dies ist ein großer Erfolg für die erste illegale Unterschriftensammlung in unserem Betrieb und ein Beweis für die Einheit der Kollegen, wenn es um eine gerechte Sache geht. Die Kollegen haben eine solche Wut auf die Verrats- und Ausplünderungspolitik der Drupa-Führer, daß sie z.T. spontan aus der Gewerkschaft austreten, bzw. sich lieber rauswerfen lassen wollen, als den Sonderbeitrag zu bezahlen.

Die Partei wird in diesem Kampf den Kollegen den richtigen Weg weisen: den Weg des revolutionären Klassenkampfs in Betrieb und Gewerkschaft, den Aufbau einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Der nächste Schritt wird sein, die Kollegen noch mehr auf die zu erwartenden Gegenangriffe der Gewerkschaftsführung (Drohung mit Gewerkschaftsausschluß, Denunzierung der Kollegen an die Geschäftsleitung usw.) vorzubereiten und den konkreten Boykott des Sonderbeitrags zu organisieren.

Rotfront! Ein Druckerei-Genosse

Stahltarifrunde

8,5% -Forderung des IGM-Apparates soll Lohnraub einleiten

Nun haben die Bonzen des arbeiterfeindlichen IGM-Apparates die Katze aus dem Sack gelassen: 8,5% lautet ihre Lohn- und Gehaltsforderung für die Stahltarifrunde. So beschloß es die Große Tarifkommission auf ihrer Sitzung in Mülheim (Ruhr) am 21. Oktober. Diese Forderung ist eine freche Provokation der Bonzen gegenüber den Arbeitern und kleinen Angestellten der eisen- und stahlerzeugenden Industrie. Es ist völlig klar, daß der IGM-Apparat in Wahrheit einen Lohnraubabschluß plant, der noch um einige Prozent unter dieser Forderung liegt.

Aber selbst ein Abschluß von vollen 8,5% würde den Stahlwerkern eine spürbare Senkung des Reallohnes bringen. Denn die Preise für Lebensmittel, für Nahrung, Kleidung, Wohnungsmiete usw. sowie die Lohnsteuer und die Sozialabgaben sind stärker gestiegen, als durch eine Tariferhöhung von 8,5% ausgeglichen werden könnte. In der letzten Nummer des „Roten Morgen" schrieben wir, daß die IGM-Bonzen, nicht anders als im vergangenen Jahr, unter zynischer Ausnutzung der Angst vor Arbeitslosigkeit den Stahlwerkern einen unverschämten Lohnraubabschluß aufzuzwingen beabsichtigen; und daß sie dabei die Taktik benutzen, verschiedene andere Forderungen, wie z.B. die Aufstockung der „vermögenswirksamen Leistungen" oder die stahltypischen Zuschläge, gegen die Erhöhung der Löhne und Gehälter auszuspielen. Das hat sich jetzt voll bestätigt. Die Forderung der IGM-Bonzen im vergangenen Jahr lautete 8%. Die diesjährige Forderung liegt also um ein lächerliches halbes Prozent höher. Im vergangenen Jahr hatten die Bonzen mit 5% abgeschlossen. So läßt sich jetzt schon konkret absehen, was die Bonzen planen: einen Lohnraubabschluß, der sich zwischen 4 und 6% bewegt.

Der 8,5%-Beschluß war von der Großen Tarifkommission mit 82 gegen 29 Stimmen gefaßt worden. In der WAZ heißt es, der Essener IGM-Bezirksleiter Kurt Herb habe betont, die große Zahl der Nein-Stimmen in dem 111-köpfigen Gremium repräsentiere den Kreis, der höhere Forderungen stellen wollte. Warum wird von seiten der Bonzen mit Hilfe der bürgerlichen Presse die „Opposition" innerhalb der Großen Tarifkommission extra so stark herausgestellt? Der Grund ist der, daß damit den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern, die über die niedrige Forderung empört sind, Illusionen eingeimpft werden sollen. Sie sollen glauben, daß es innerhalb des Gewerkschaftsapparates eine „linke Opposition", einen „radikalen Flügel" gibt, der die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten vertritt. Es soll verhindert werden, daß die Massen erkennen, daß dieser Gewerkschaftsapparat durch und durch reaktionär, daß er als Ganzes ein Instrument der Kapitalisten ist.

Allerdings kommen die Vetter, Loderer und Co. in dieser Hinsicht nicht ohne die Hilfe der D„K"P aus. Die D„K"P-Revisionisten bilden ein wichtiges Element des „linken" Flügels im Gewerkschaftsapparat, und sie vor allem sind es, die durch „oppositionelle" Manöver die Massen immer wieder an den DGB-Apparat binden und vom selbständigen Kampf abhalten.

Diesem Zweck dient z.B. auch die Berichterstattung in der D„K"P-Zeitung „UZ". Das zeigt schon die Überschrift in dem Artikel zu dem 8,5%-Beschluß deutlich: „Tarifkommission beschloß Forderung für Stahl – heftige Auseinandersetzungen um 8,5 Prozent." Die „UZ" propagiert die Vertrauensleutekörper und Verwaltungsstellen des Gewerkschaftsapparates als die Organe, die die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten verfechten. Sie streicht heraus, daß in den VLKs Forderungen aufgestellt worden waren, die erheblich höher liegen als der 8,5%-Beschluß der Großen Tarifkommission. Aber diese Forderung war unter maßgeblicher Mitwirkung der D„K"P-Revisionisten eben deshalb aufgestellt worden, um die Illusion zu verbreiten, die Vertrauensleutekörper würden radikal gegen den Lohnraub kämpfen. In Wahrheit sind die VLKs und erst recht die Verwaltungsstellen Instrumente der Gewerkschaftsführung und Organe, ohne die der arbeiterfeindliche Gewerkschaftsapparat seine Funktion nicht erfüllen könnte. Ohne die VLKs wäre er von „der Basis" weitgehend isoliert.

Wenn die Arbeiter und kleinen Angestellten sich gegen einen Lohnraubabschluß in der Stahltarifrunde wehren wollen, dann dürfen sie sich nicht im geringsten auf den IGM-Apparat stützen, auch nicht auf seine unterste Ebene, den Vertrauensleutekörper. Ebenso müssen sie sich auch vor den verräterischen Manövern der D„K"P-Revisionisten hüten. Die D„K"P arbeitet systematisch darauf hin, daß sie im Falle von Streiks die Kämpfe unter ihre Kontrolle bekommt, um dann die Möglichkeit zu haben, sie heimtückisch abwürgen zu können.

Man muß den Kampf in unversöhnlicher Front gegen das Kapital und alle seine Handlanger innerhalb unserer eigenen Reihen führen. Wenn wir uns im Vertrauen auf die eigene Kraft auf der Linie des revolutionären Klassenkampfes zusammenschließen, können wir die Pläne der Feinde durchkreuzen und eine wirkliche Lohnerhöhung erkämpfen.

SKF-Arbeiter kämpfen gegen Entlassungen

Fast täglich stehen in den Tageszeitungen Meldungen über Stillegungen, Kurzarbeit und Entlassungen. Oft handelt es sich um Tochterfabriken großer Monopole und Konzerne, die ganz oder teilweise stillgelegt werden. Rücksichtslos ziehen die Kapitalisten ihre Rationalisierungspläne durch, rücksichtslos werfen sie Hunderte von Kollegen einfach auf die Straße, um Höchstprofite zu erzielen.

Aber immer stärker nehmen die Arbeiter und kleinen Angestellten den Kampf gegen die Angriffe des Kapitals auf. Kürzlich protestierten z. B. 400 Kollegen von Krupp-Atlas in Bremen mit zwei Warnstreiks gegen die geplante Stillegung des Betriebes. Ein gutes Beispiel für entschlossene Kampfmaßnahmen zur Verteidigung der Arbeitsplätze ist der Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten von der Schweinfurter Kugellagerfabrik SKF.

Schon seit zwei Jahren führen die SKF-Kapitalisten gegen die Arbeiter einen brutalen Rationalisierungsfeldzug durch. Mit verschärfter Arbeitshetze, Entlassungen, Abbau außertariflicher Bestandteile des Lohns usw. haben sie ihre Profite gesteigert. In den Schweinfurter SKF-Werken, die gegenwärtig eine Beschäftigtenzahl von ca. 7 000 aufweisen, wurden in den letzten fünf Jahren weit mehr als tausend Arbeiter entlassen.

Als im Werk nun bekannt wurde, daß schon jetzt die Entlassung von weiteren 420 Arbeitern im nächsten Jahr und die Verlagerung von bestimmten Teilen der Produktion ins Ausland geplant ist, entstand sofort eine große Unruhe und Kampfstimmung unter den Kollegen. Im Werk III legten die Kollegen als erste die Arbeit nieder. Sie zogen zum Werk II und von dort aus zog dann ein machtvoller Demonstrationszug in die Stadt vor das Verwaltungshochhaus von SKF. Etwa 2 000 Kollegen nahmen an der Aktion teil. Sie forderten: „Schluß mit den Entlassungen!" Als der Vorstandsvorsitzende Enmark erschien und die Arbeiter aufforderte, wieder an die Arbeit zu gehen, erntete er nur Buhrufe, Pfiffe und Gelächter. Die Kollegen lehnten auch seinen Vorschlag ab, eine Verhandlungsdelegation von 10 Werksangehörigen zu bilden, weil sie wußten, daß man versuchen würde, mit allen Mitteln ihren Kampf abzuwiegeln.

Für Enmark sprang dann wieder einmal der altbewährte Kapitalistenknecht Betriebsratsvorsitzender Walter in die Bresche. Auf seine Initiative wurde eine Verhandlungsdelegation von 25 Mann gebildet. Walter verhinderte auch, daß die Arbeiter die Delegation auf konkrete Forderungen verpflichteten. Kurz nach Beginn der Verhandlungen erschien Walter wieder vor den Arbeitern und sagte, er hätte erreicht, daß eine außerordentliche Belegschaftsversammlung durchgeführt werden könnte. Die Kollegen sollten jetzt wieder an die Arbeit gehen. Aber die Arbeiter reagierten mit Empörung und Sprechchören: „Wir bleiben hier!".

Schließlich schaffte Walter es, die Kollegen nach einigen Stunden mit folgendem Verhandlungsergebnis zum Abbruch des Streiks zu bewegen: Bis Mitte nächsten Jahres gibt es keine Entlassungen, allerdings verstärkte Kurzarbeit. Es wird zugesichert, daß es keine Repressalien gegen Streikende gibt. Was die Bezahlung der Streikstunden betrifft, so „soll darüber noch verhandelt werden".

Das ist immerhin ein Teilerfolg der SKF-Kollegen, den sie einzig ihrer Kampfentschlossenheit zu verdanken haben. Das Beispiel SKF zeigt, daß es möglich ist, gegen Entlassungen erfolgreich zu kämpfen. Es zeigt aber auch, wie wichtig es ist, daß der Einfluß der Agenten des Kapitals zerschlagen wird.

"Sozialpädagogisches Seminar" für Lehrlinge

AEG-Kapitalisten wollen sich willige Lohnsklaven heranziehen

„Wenn der Chef schlecht geschlafen hat, darf man von ihm nicht mehr Lohn fordern. Das ist unmenschlich." Das ist, sinngemäß zitiert, eine Aussage aus einem Vortrag vor Hamburger Lehrlingen des Schiffbaubetriebes der AEG. Der Vortrag wurde im Rahmen eines sogenannten „sozialpädagogischen Seminars" gehalten, das die AEG-Kapitalisten für Lehrlinge ihres Unternehmens abhalten ließen. Die meisten großen Konzerne organisieren mit beträchtlichem finanziellen Aufwand solche Seminare, um ihren Nachwuchs an Facharbeitern ideologisch entsprechend ihren Ausbeuterinteressen zu trimmen. Der zitierte Satz zeigt deutlich, daß den Lehrlingen dabei die Ideologie der „Klassenversöhnung" eingeimpft werden soll. Anstatt sich im revolutionären Klassenkampf zusammenzuschließen, sollen sie ihren Ausbeutern gegenüber „Menschlichkeit" praktizieren. Mit anderen Worten: Sie sollen willige Lohnsklaven ihrer kapitalistischen Herren sein.

Ein junger Kollege von der AEG in Hamburg (Schiffbau) hat uns über seine Erfahrungen auf dem erwähnten Seminar eine Korrespondenz geschickt, die wir im folgenden abdrucken.

„Im Rahmen Ihrer Berufsausbildung führen wir (...) ein sozialpädagogisches Seminar durch. Abfahrt: Mo. 13 h 30; Dauer: eine Woche." So flatterte uns vor einigen Wochen ein Schreiben der Ausbildungsleitung ins Haus. Viele Kollegen wurden schon von Anfang an stutzig, denn sie wußten, daß diese Seminare, von den Unternehmern organisiert, für sie keine Vorteile bringen. Da man uns nichts Näheres sagen wollte, was dort überhaupt los sei und was das mit unserer Ausbildung zu tun hätte, fragten wir den Ausbildungsleiter. Doch dieser tat verwundert und wußte von nichts. Wir sollten erstmal hinfahren, dort würden wir alles erfahren. Einiges konnten wir jedoch schon aus dem Wisch entnehmen, den man uns zugeschickt hatte: Ein Tagesordnungspunkt des Seminars hieß: „Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern". Einige revolutionäre und klassenkämpferische Kollegen warnten vor dem Seminar, denn man muß ja stutzig werden, wenn die AEG mehrere hunderttausend Mark (im ganzen Bundesgebiet) für diese Seminare ausgibt (ca. 40 DM pro Tag und Person, dabei sind die Kosten für die An- und Abreise nicht gerechnet). Dies tut die AEG nicht etwa, weil sie „ihr Herz für die Arbeiterjugend entdeckt hat", sondern weil ihr das der Gedanke der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" wert ist. Die Teilnahme war dann auch mehr oder weniger „freiwilliger" Zwang.

„Erziehung zu einem mündigen Bürger"

Eines Montags ging es dann also los. In den Diskussionen, die vorher im Betrieb unter den Kollegen geführt wurden, hatten sich viele über den Inhalt des Seminars und die Art und Weise seiner Durchführung geärgert und waren aufgebracht darüber. Aber sie wollten sich dennoch die „Woche Urlaub" nicht entgehen lassen, so daß es zu keinem Boykott kam. Am Bestimmungsort angekommen, mußten wir feststellen, daß wir in einem „gottverlassenen Nest" gelandet waren. Malente in Holstein ist zwar ein Kurort, hat aber für uns kaum Freizeitmöglichkeiten. Wir waren an das Heim gefesselt. Die Preise dort, z. B. in den Kneipen, waren auch mehr für Großverdiener als für uns gemacht.

Gleich zu Anfang begrüßte uns ein schleimiger Mensch vom christlichen Jugenddorf Malente, der wegen seines Namens Neumann bald den Spitznamen „Alfred" weg hatte. Die Idee des Jugenddorfes, sagte er, sei während der Zeit des Hitlerfaschismus entstanden. Viele Kollegen wurden stutzig, als sie das hörten, auch wenn es hieß: „... zwar unter den Nazis entstanden, aber als eine Lö[illegible] für nachher". Man wunderte [illegible] doch, daß diese Herren im Widerstand gegen die Hitlerdiktatur nicht zu finden waren. Der Gründer Dannemann machte unter Hitler „christliche" Jugendarbeit und haute erst kurz vor 1945 ab, um dann von den Amis als „Antifaschist" herausgeputzt zu werden.

Na, das konnte heiter werden.

Was hier mit uns gemacht werden sollte, verdeutlicht sich in den „Seminarzielen": „Erziehung zu einem mündigen Bürger im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" – „Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern". Uns sollte also eingeimpft werden, wir hätten gemeinsame Interessen mit den Kapitalisten; Ausbeutung und Unterdrückung seien einfache „Ausrutscher", die man aus „menschlichen Gesichtspunkten" hinnehmen muß.

Die Ausbeutung still über sich ergehen lassen?

Kein Wunder, daß AEG nicht die einzige Firma ist, die ihre Lehrlinge dorthin jagt, sondern daß fast alle norddeutschen Großbetriebe, wie HDW, Siemens, Philips es tun (übrigens nannte das christliche Jugenddorf die Kapitalisten „Partner"; – sage mir, wer dich bezahlt und ich sage dir, wer du bist!). Das „Vertrauen" wurde uns dann auch immer wieder gepredigt. Es ging los mit gruppendynamischen Spielchen und steuerte dann zu auf einen Vortrag über „Psychologie und Soziologie" des Firmenpsychiaters und Leiters des zentralen Ausbildungswesens der AEG, Dr. T. aus Frankfurt. Angeblich wollte er uns allen „helfen, unsere Persönlichkeit zu entwickeln." In Wirklichkeit versuchte er uns aber immer zu kontrollieren, uns die Ideologie der Klassenversöhnung und von den „armen Kapitalisten" einzuimpfen. Er tat sehr liberal, vertrat, daß wir uns „ruhig einmal einen ansaufen sollten, dann redet sich's besser" und versuchte so, etwas über die politische und sonstige Einstellung von uns zu erfahren. Damit scheiterte er jedoch kläglich, weil die Kollegen sich nicht daran beteiligten. Sie alle hatten bald erkannt, wozu diese Diskussionen gut sein sollten.

Am Beispiel der Norddeutschen Affinerie, die schon Erfahrungen mit derartigen Seminaren hat, läßt sich das leicht klarmachen. Die Affi stellte 120 Lehrlinge ein, obwohl sie nur 100 Ausbildungsplätze hat. Dann wurde das Seminar während der Probezeit durchgeführt. Nach dem Seminar wurden 20 Kollegen entlassen, die als klassenkämpferisch aufgefallen sind.

So sollen Facharbeiter herangezüchtet werden, wie die Kapitalisten sie sich wünschen: die alles still hinnehmen, die Ausbeutung über sich ergehen lassen, keine Forderungen haben und sich nicht im Klassenkampf zusammenschließen. Dieses Ziel des Seminars wurde trotz allem Geschwätz über „eine gute Ausbildung" den Kollegen auf dem Seminar sehr deutlich. Dr. T. sagte z. B. ganz offen: „Wenn euer Chef schlecht geschlafen hat, dann könnt ihr doch, ohne ihn menschlich unter Druck zu setzen, nicht mehr Lohn fordern." Genau das wollen sie erreichen. Alles wollen sie auf eine angeblich menschliche Ebene zurückführen. Aber wir wissen genau, daß der Widerspruch zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse nicht friedlich und vertrauensvoll mit Diskussionen gelöst wird, sondern nur durch die Revolution. Und weil die AEG das auch weiß, wollen die Kapitalisten uns vom Kampf für unsere Interessen, vom Klassenkampf, abhalten.

Der „Unternehmerknecht" kam ins Rotieren

Das gleiche Ziel vertrat auch einer vom Gesamtbetriebsrat, der von der Firma extra von der Arbeit befreit wurde und ein extra Hotelzimmer bekam (sonst hätte er ja womöglich noch mit den Arbeitern in einem Haus schlafen müssen – igitt). Vollkommen zu Recht erhielt er den Spitznamen „Unternehmerknecht" von den Kollegen. Er predigte uns in fast den gleichen Worten wie die AEG Zusammenarbeit und Mitbestimmung und schwor auf das BVG. Er pries die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft gemäß dem Jugendarbeitsschutzgesetz als „fortschrittlich" und von den Gewerkschaften „erkämpft". Wenn eine Diskussion über die wirklichen Interessen der Arbeiterjugend anfing, dann würgte er sie sofort ab. Er gab, wie der Gesamtbetriebsrat als ganzes, den AEG-Kapitalisten das demokratische Alibi, diese Seminare „zweiseitig" durchzuführen. Nur, daß dabei beide auf der gleichen Seite stehen, nämlich auf der unserer Feinde!

Vielen Kollegen gingen gerade auch anhand des Beispiels dieses Vertreters des Betriebsrats die Augen auf über das arbeiterfeindliche BVG. Und als auch noch ein revolutionärer Kollege das Beispiel der Roten Betriebsräte von HDW in Kiel erzählte und wie sie rausgeschmissen worden waren, wurde der Arbeiterverrat des Betriebsratsvertreters noch mehr entlarvt. Er kam ins Routieren, aber die Zustimmung von seiten der Kollegen zu seiner Entlarvung wuchs. Viele Kollegen erkannten, wie sie hier auf dem Seminar von allen – Jugenddorf, Gesamtbetriebsrat und AEG – beschissen bzw. verraten werden sollten. Infolge der Reaktionen der Kollegen auf dem Seminar, vom Desinteresse bis zum offenen Boykott, war es den Herrschaften unmöglich, ihr Ziel zu erreichen. Die Ideologie der Klassenversöhnung ist zwar noch nicht ganz geschlagen, aber es gelang den Herren auf diesem Seminar auch nicht, sie stärker zu verankern. In Zukunft werden wir genau wissen, wie man dagegen vorgehen muß: Entlarvung des Klassencharakters und Durchsetzung des Boykotts. Ob es die Kapitalisten wollen oder nicht, wir haben doch etwas gelernt: nämlich wer unsere Freunde und wer unsere Feinde sind. Und da können sie so viele Seminare durchführen, wie sie wollen, sie werden nicht verhindern können, daß die Arbeiterjugend ihre Kraft erkennt, zusammen mit den älteren Kollegen die Kapitalisten, die Ausbeuter von AEG, Thyssen, Krupp, Siemens usw. in der proletarischen Revolution davonjagt und die Diktatur der Arbeiterklasse errichtet. Dann werden die Herren wie Dr. T. und der Gesamtbetriebsrat nicht mehr so viel arbeiterfeindliches Zeug sabbeln können. Sie werden dann sinnvollere Betätigung bekommen: nämlich körperliche Arbeit.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Zeitkürzung in der Malerei - war "Aktenklau" unterwegs?

Kolleginnen und Kollegen!

Mit allen Mitteln versuchen die ELAC-Kapitalisten ihren Profit zu halten und konkurrenzfähig zu bleiben. Daß das nur auf unserem Rücken geht, haben wir in der Vergangenheit erfahren und werden es jetzt wieder erfahren. Entlassungen oder Kurzarbeit – was nun kommt, wissen wir ja immer noch nicht – stehen an. Gleichzeitig wird der Betrieb radikal durchrationalisiert, wodurch ebenfalls Kollegen auf die Straße gesetzt werden und die Arbeitshetze für die verbliebenen Kollegen unheimlich ansteigt. Aber das Arsenal der Kapitalisten ist damit noch nicht erschöpft.

Was momentan immer häufiger passiert, ist, daß auf einmal der Plan geändert ist oder weg ist oder ähnliches. Man läßt sich da tausend Tricks einfallen, um Zeiten zu kürzen. Und mit welcher Frechheit man versucht, die Kollegen übers Ohr zu hauen, soll ein Beispiel aus der Malerei zeigen.

Die Kollegen dort bekamen eine ihnen bekannte Arbeit. Lackieren eines Rahmens und einer Haube. Als erstes wunderten sie sich, daß beides zusammen auf dem Plan stand, und noch mehr wunderten sie sich über die Zeit. Während sie früher die Stücke getrennt bekamen, für den Rahmen 15 Minuten Zeit hatten und für die Haube 14,4 Minuten, zusammen 29,4 Minuten, so bekamen sie jetzt für beides sage und schreibe nur zehn Minuten Zeit.

Gegen solch einen Betrug liefen die Kollegen sofort Sturm in der AV* und beschwerten sich. Und was erzählte ihnen der Kalkulator Holger Wahl? So sei es schon immer gefertigt worden, und es gab auch schon immer zehn Minuten. Die Kollegen waren sehr empört und konnten anhand ihrer eigenen Aufzeichnungen, die sie glücklicherweise immer gemacht hatten, das Gegenteil beweisen. Sie forderten daraufhin, daß man ihnen die alten Unterlagen über diese Arbeit zeigt. Und siehe da: Die Unterlagen sind weg! War der Aktenklau unterwegs? Hat sich jemand an Strauß ein Beispiel genommen? Auf jeden Fall konnte niemand sagen, wo die alten Unterlagen sind.

Als „Trost" wurde den Kollegen eine neue Zeitaufnahme angekündigt, und die ergab dann das für die Kalkulation befriedigende Ergebnis von 17 Minuten für beide Teile zusammen.

Da man nicht so ohne weiteres eine Zeit kürzen kann, wurde einfach der Plan geändert und eine unmögliche Zeit hineingeschrieben mit der Absicht, die Kollegen zu betrügen. Die Kollegen deckten den Betrug auf. So machte man eben eine Zeitaufnahme. Hier kam zwar eine höhere Zeit heraus, aber die Kalkulation hatte ihr Ziel, die Zeit zu kürzen, teilweise erreicht.

Und Kollegen: Jeder kennt die Bedingungen bei einer Zeitaufnahme. Kein Aufblicken, immer sich drehen und wenden, einen Kalkulator im Rücken mit Uhr und Bleistift, und immer fühlt man sich von dieser unheimlich genauen Beobachtung unter Druck gesetzt. Wieviele Kollegen schaffen später eine Arbeit nicht mehr, obwohl sie die Zeitaufnahme selber gemacht haben? Mit dieser Methode hat man schon zig Zeiten gekürzt.

Was sagt die Gewerkschaft zu solch üblen Methoden? Schulterzucken: „Da können wir nichts machen, weil der Tarifvertrag sowas nicht verbietet." Es braucht also nur der Arbeitsplan geändert zu werden, obwohl sich an der Arbeit nichts ändert, und schon steht Zeitkürzungen nichts mehr im Weg.

Selbst dies kleine Beispiel zeigt, daß wir auch bei den kleinsten Tageskämpfen auf die eigene Kraft gestützt alle Angriffe abwehren müssen.

* Arbeitsvorbereitung

Mordhafen Bilanz eines Monats... 2 Tote, 3 Schwerverletzte

„De Anstorm", Betriebszeitung der KPD/ML für die bremischen Häfen, enthüllt in seiner letzten Ausgabe, daß es – bedingt durch die unersättliche Profitgier der Hafenkapitalisten – innerhalb eines Monats zu fünf schweren Arbeitsunfällen kam. Zwei Kollegen mußten mit ihrem Leben bezahlen, während drei schwer verletzt wurden.



Kollegen, während die Hafenkapitalisten über ihre Profite jubeln, müssen wir wieder zwei aus unseren Reihen begraben: Zwei tapfere Arbeiter, ermordet durch die unersättliche Profitgier der Hafenkapitalisten. Für den Profit gehen sie über Leichen – das ist die niederträchtige, blutrünstige Moral der Kapitalisten. Unsere fünf Kollegen sind nicht die ersten, und sie werden auch nicht die letzten sein, die mit zerschundenen Knochen vom Platz getragen werden. Solange nicht, bis wir in der gewaltsamen Revolution der Kapitalistenherrschaft ein Ende bereitet haben, bis es heißt: „Für diese Mörder keine ehrlichen Flinten, einen Strick um den Hals und 'nen Tritt von hinten!"



Zum ökonomischen Konzept Deng Hsiao-pings, einem Konzept der Kompradorenbourgeoisie

Deng Hsiao-ping, der oberste besserungsunwillige Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg, hat allerlei Unsinn über den wirtschaftlichen Aufbau verzapft. Seine, die Ökonomie betreffenden Gedanken sind in ihrem Wesen für die Kompradorenbourgeoisie typische Ideen. Im Land Repräsentant der Bourgeoisie, wollte er dem Proletariat die Führung der Volkswirtschaft entreißen und Chinas sozialistische Wirtschaft in eine bürokratisch-monopolkapitalistische verwandeln. Seine Haltung zu den Beziehungen mit dem Ausland war eine von Kapitulation und Landesverrat; er versuchte, wenn auch ohne Erfolg, China zu einer Kolonie und Halbkolonie von Imperialismus und Sozialimperialismus zu machen.

Aufwärmen des Systems der „direkten und ausschließlichen Kontrolle der Unternehmen durch das jeweils zuständige Ministerium"

Nachdem Deng Hsiao-ping wieder zu arbeiten begonnen hatte, führte er ohne Wissen und Billigung des vom Vorsitzenden Mao geleiteten Zentralkomitees der Partei bei der wirtschaftlichen Verwaltung der Betriebe wieder das System der „direkten und ausschließlichen Kontrolle der Unternehmen durch das jeweils zuständige Ministerium" ein. Das bedeutete, daß einige wenige führende Leute in den zuständigen zentralen Ministerien direkt Befehle an Unternehmen in allen Teilen des Landes erlassen und über sie bestimmen konnten. Unternehmen der gleichen Branche wurden so zu einem eigenen System zusammengefaßt, innerhalb dessen diese Leute nach ihrem Ermessen handelten. Es war dies der Weg zur Liquidierung des Kommandos des Zentralkomitees der Partei und der lokalen Parteikomitees über die Wirtschaft und zur Ausschaltung der einheitlichen Führung durch die Parteikomitees der verschiedenen Ebenen.

Schon im Jahre 1956 stellte der Vorsitzende Mao fest, es sei, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, die ökonomische Basis des Sozialismus zu stärken und ein starkes sozialistisches Land aufzubauen, notwendig, die Beziehungen zwischen den zentralen und den lokalen Behörden richtig zu behandeln und die **„örtlichen Organe unter der einheitlichen Planung der Zentralleitung noch mehr unternehmen zu lassen"**. Dies würde die zentrale wie die örtliche Initiative entfalten. Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping weigerten sich jedoch lange Zeit, dieses richtige Prinzip in die Tat umzusetzen; anstattdessen hoben sie die imperialistischen Trusts in den Himmel.

Die Große Proletarische Kulturrevolution zerschlug die zwei bürgerlichen Hauptquartiere von Liu Schao-tschi und Lin Biao. Die Massen und die revolutionären Kader standen gegen das System der „direkten und ausschließlichen Kontrolle der Unternehmen durch das jeweils zuständige Ministerium" auf und setzten den korrekten Kurs des Vorsitzenden Mao durch. Nicht länger mußte in China Getreide vom Süden in den Norden und Kohle in der umgekehrten Richtung transportiert werden. Immer neue Lagerstätten von Kohle, Erdöl und Erdgas wurden im Süden Chinas entdeckt. Kleine Eisen- und Stahlkomplexe, Kunstdünger-, Zement- und Maschinenfabriken und kleine Kraftwerke schossen überall in die Höhe, und der Ausstoß vervielfachte sich. Aus vielen kleinen und mittelgroßen Städten wurden neue Industriezentren. Das demonstriert die völlige Richtigkeit der Weisung des Vorsitzenden Mao. **„Es ist viel besser, die Aktivität von zwei Seiten her zu entfalten als nur von einer Seite her"**. Sie ist für die Entwicklung der Volkswirtschaft nach dem Prinzip „mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher" von weitreichender Bedeutung.

Deng Hsiao-ping jedoch wandelte wieder auf den ausgetretenen Pfaden, kaum daß er wieder zu arbeiten begonnen hatte. Unter dem Vorwand der „zentralisierten und einheitlichen" Leitung wollte er den „höheren Behörden übergeben", was er „Schlüsselunternehmen, die dem ganzen Land dienen und organisierter Koordination im Landesmaßstab bedürfen", nannte. Wäre diese Politik verfolgt worden, so hätte eine „Übergabe" der meisten großen und der mit ihnen zusammenarbeitenden mittelgroßen und kleinen Unternehmen stattgefunden. Unvermeidlich hätte dies zum Abwürgen der örtlichen Initiativen und jener der Volksmassen geführt ebenso wie zur Unterminierung des sozialistischen Aufbaus als Ganzes. Was Deng damit bezweckte, das ist völlig klar: Es sollte der vom Vorsitzenden Mao festgelegte Kurs mit allen Mitteln sabotiert, die richtige Beurteilung der Kulturrevolution revidiert, die revisionistiche Linie weiter durchgesetzt und der in den Sumpf führende Weg der imperialistischen Trusts beschritten werden.

Das System der „direkten und ausschließlichen Kontrolle der Unternehmen durch das jeweils zuständige Ministerium" ist der einheitlichen Führung durch die Partei diametral entgegengesetzt. Es bedeutet Spaltertum und Praktizierung der Doktrin von „vielen Zentren" – in Opposition zum Zentralkomitee der Partei. Es bedeutet Despotismus und Diktatur des Bourgeoisie über die örtlichen Instanzen und über die Volksmassen. Die Wiedereinführung dieses Systems durch Deng Hsiao-ping hatte zum Ziel, unsere sozialistische Ökonomie zu liquidieren. Wäre es nach seinem Willen gegangen, wäre die sozialistische Wirtschaft des Eigentums des ganzen Volkes unvermeidlich in jeweils unabhängiges „Privateigentum" der jeweiligen Branchen aufgespalten worden. Die sich daraus ergebende, weit über das notwendige Maß hinausgehende strikteste Arbeitsteilung würde zur gegenseitigen schweren Behinderung der Arbeit führen und die gegenseitigen Beziehungen würden zu einem kapitalistischen Konkurrenzverhalten entarten.



Das Parteikomitee und Revolutionskomitee, die Armee und Bevölkerung in Dschengdschou, Provinz Honan, prangerten auf einer Kundgebung im April die Verbrechen Deng Hsiao-pings an.

Da die „direkte und ausschließliche Kontrolle der Unternehmen durch das jeweils zuständige Ministerium" die Balance der Volkswirtschaftszweige mißachtet, zerstört sie auf die Dauer die rationelle Standortverteilung innerhalb der Volkswirtschaft, hebt sie die Mehrzwecknutzung der Ressourcen auf und verhindert die ausgedehnte sozialistische Kooperation.

Deng Hsiao-pings „Ausrichtung" der Wirtschaft durch die ausschließliche Unterordnung der Unternehmen unter die zentralen Behörden zielte auf eine kapitalistische Konzentration der Produktion und auf einen Prozeß der Monopolbildung ab. Zugleich wollte er revisionistischen Praktiken zum Durchbruch verhelfen: Beim Betreiben der Unternehmen sollte man sich auf die Experten stützen, der Profit sollte zum wichtigsten Betriebsziel und materielle Anreize sollten eingesetzt werden, die Produktion hätte vor allem anderen zu kommen und die Technik über allem zu stehen. Die Linie und Politik des Vorsitzenden Mao für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau sollte so beiseitegeschoben, das bürgerliche Recht ausgeweitet und gestärkt, die sozialistische Orientierung und der sozialistische Weg unserer Unternehmen umgedreht und die sozialistische Wirtschaft in eine bürokratisch-monopolkapitalistische Wirtschaft verwandelt werden.

Betriebsführung nach der Weise der Sowjetrevisionisten

In zweifacher Hinsicht arbeitete Deng Hsiao-ping an der Installierung eines bürokratischen Monopolkapitalismus: Verwaltungstechnisch forcierte er das oben beschriebene System; innerbetrieblich befürwortete er die Betriebsführung vom sowjetrevisionistischen Typus, um eine bürgerliche Diktatur über die Arbeiter durchzusetzen. Der Vorsitzende Mao hatte schon 1964 festgestellt: **„Die Verwaltung ist selbst Gegenstand der sozialistischen Erziehung. Wenn die in der Verwaltung Tätigen nicht in die Werkhallen unter die Arbeiter gehen, nicht gemeinsam mit ihnen arbeiten, studieren und leben, nicht bescheiden von ihnen eine oder mehrere Fertigkeiten erlernen, dann werden sie sich zeit ihres Lebens in einem Zustand des scharfen Klassenkampfes mit der Arbeiterklasse befinden und letzten Endes als Bourgeois von der Arbeiterklasse gestürzt werden."** Deng Hsiao-ping jedoch stellte sich stets gegen die Weisung des Vorsitzenden Mao **„Sich von ganzem Herzen auf die Arbeiterklasse stützen"** und verfolgte hartnäckig seine der Arbeiterklasse feindliche revisionistische Linie. Ganz offen redete er davon, „sich auf die Arbeiter, Bauern und Soldaten stützen, ist etwas Relatives". Kategorisch lehnte er es ab, die Arbeiterklasse, die armen Bauern und die unteren Mittelbauern als Herren des Staates anzusehen und leugnete, daß sie das Recht haben, der Ökonomie ihren Stempel aufzudrücken. Die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse, während der Kulturrevolution die kapitalistischen und revisionistischen Prinzipien und Vorschriften der Betriebsverwaltung zu kritisieren, erzürnte Deng Hsiao-ping bis zur Weißglut. Kaum wieder in Amt und Würden ging er ohne einen Augenblick zu zögern zum rächenden Gegenangriff über. Nicht nur erneuerte er das ganze System von Regeln, das die Arbeiterklasse „kontrollieren, zügeln und niederhalten" sollte, sondern trat auch noch dafür ein, sie „so streng wie möglich" zu behandeln. Das zeigt ganz klar, daß er in der Tat der Hauptvertreter der vom Vorsitzenden Mao scharf verurteilten **„bürgerlichen Elemente, die den Arbeitern das Blut aussaugen"**, ist.

Welche politische Linie verfolgt wird, welche Klasse die Führungsmacht in einem Unternehmen ausübt, das sind die Faktoren, die bestimmen, welche Klasse in Wahrheit der Eigentümer des betreffenden Unternehmens ist. Ginge es nach der revisionistischen Linie Deng Hsiao-pings, würden die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg, die Bourgeoisie innerhalb der Partei, die Führungsmacht in den Unternehmen an sich reißen. Sie würden sie dazu benutzen, die von der Arbeiterklasse geschaffenen Reichtümer einzusacken und zu verschwenden und es sich auf dem Rücken der Arbeiter bequem zu machen. Das würde bedeuten, daß die Unternehmen nur noch dem Namen nach sozialistische Unternehmen wären, sich in Wahrheit aber in bürokratisch-monopolkapitalistische verwandelt hätten.

Was Deng Hsiao-ping durchzusetzen bestrebt war, ist nichts anderes als ein Aufguß der sogenannten „ökonomischen Reformen" Chruschtschows und Breschnews. Um den bürokratischen Monopolkapitalismus zu entwickeln, drückten die Sowjetrevisionisten ihr sogenanntes „neues ökonomisches System" mit dem Kernpunkt materielle Anreize und Profit durch. Bei diesem System stehen Technik und Expertentum über allem; es sind die „Fachleute", die allein die Unternehmen verwalten. Die bürokratische Monopolbourgeoisie entriß dem Proletariat vollständig Führung und Macht über die Volkswirtschaft. In den Betriebsordnungen ist ausdrücklich festgelegt, daß die Direktoren das Recht haben, Produktionsmittel „ihres" Unternehmens ohne Einschränkung zu verkaufen, zu transferieren bzw. zu vermieten, nach eigenem Ermessen Arbeiter einzustellen bzw. zu entlassen. Sie können also nach Belieben gegen die Arbeiter vorgehen und sie auf diese Weise der Diktatur der Bourgeoisie unterwerfen. Die Betriebsverwaltung nach sowjetrevisionistischem Rezept hat eine vertikale Struktur – von oben nach unten. Dabei existieren zwei Systeme: ein zweistufiges (dessen Ebenen das zuständige Ministerium und der Kombinatsbetrieb sind) und ein dreistufiges (mit den Ebenen Ministerium – Industriekombinat – Kombinatsbetrieb). In den Zentralen dieser Gesellschaften von riesigem Umfang sind praktisch alle Verwaltungsfunktionen der Betriebe konzentriert. Durch Einführung dieses „neuen ökonomischen Systems" hat die sowjetrevisionistische Renegatenclique ihr Monopol und ihre Herrschaft über die Unternehmen im ganzen Land gestärkt.

Die Realität in der Sowjetunion ist gleichsam ein Spiegel, in dem wir klar und deutlich sehen, welches Unheil über die werktätigen Massen hereinbricht, wenn die sozialistische Wirtschaft zu einer bürokratisch-monopolkapitalistischen Wirtschaft entartet. Politisch entrechtet und wirtschaftlich ausgebeutet, leben die werktätigen Massen in der heutigen Sowjetunion in Not und Elend. Der neunte Fünfjahrplan, auch „Wohlfahrtsplan" genannt, ist fehlgeschlagen; das industrielle Wachstum verlangsamt sich Jahr für Jahr, und die Landwirtschaft ist ein einziges Chaos. Das Mißverhältnis zwischen den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft wird immer größer und der Widerspruch zwischen den Arbeitern und Bauern auf der einen Seite und der Handvoll bürokratischer Monopolkapitalisten auf der anderen spitzt sich zu. Das führt zur stetigen Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Krise des sowjetischen Sozialimperialismus. Mit Deng Hsiao-ping den Spuren der Sowjetrevisionisten zu folgen, hätte eine ernste Zerrüttung der sozialistischen Produktionsverhältnisse wie des sozialistischen Überbaus und die Zerstörung der sozialistischen Wirtschaft Chinas bedeutet.

Eine „großangelegte Politik" von Kapitulation und Landesverrat

Der Vorsitzende Mao hat festgelegt, daß unter den historischen Bedingungen Chinas diejenigen, die hartnäckig den kapitalistischen Weg gehen wollen, **„in der Praxis bereit sind, sich dem Imperialismus, dem Feudalismus und dem bürokratischen Kapital zu ergeben"**. Deng Hsiao-ping ist so ein Fall. In seinen Augen sind die Chinesen unfähig, die Wirtschaft aufzubauen, und außerstande, die vier Modernisierungen (der Landwirtschaft, der Industrie, der Landesverteidigung und von Wissenschaft und Technik) zu vollbringen. Das sozialistische System, so meint er, wäre ebenso untauglich für die Verwirklichung dieser Vorhaben. Die einzige Möglichkeit bestünde also darin, „aus dem Ausland Technologie und Anlagen einzuführen", um „die technische Umgestaltung der Industrie zu beschleunigen und die Arbeitsproduktivität zu steigern". Diesem Zweck diente die von ihm formulierte „großangelegte Politik", nach der China „langfristige Abkommen mit dem Ausland" schließen sollte. Als „Bezahlung" für ihre Belieferung Chinas mit „modernsten und hochqualitativen Anlagen" sollten die ausländischen Kapitalisten mineralische Produkte erhalten. Was aber ist diese Konzeption anderes als das Anbeten alles Ausländischen, als Kapitulation und Landesverrat im ureigentlichen Sinn?

Ob man sich beim Aufbau der Wirtschaft auf die Kraft des eigenen Volkes stützt oder aber vor allem Ausländischen auf die Knie fällt und sich vom Ausland abhängig macht, in diesen beiden Konzeptionen drücken sich einander diametral entgegengesetzte Linien aus. Der Vorsitzende Mao lehrte uns: **„In der Hauptsache auf die eigene Kraft vertrauen, zu deren Unterstützung Hilfe von auswärts gewinnen, sich von abergläubischen Vorurteilen freimachen, unabhängig und selbständig die Industrie, die Landwirtschaft betreiben und die technische wie auch die Kulturrevoluton durchführen, mit der sklavischen Gesinnung brechen, den Dogmatismus begraben, gewissenhaft von den guten Erfahrungen anderer Länder lernen und unbedingt auch deren schlechte Erfahrungen studieren – und diese uns als Lehre dienen lassen: das eben ist unsere Linie."** Diese Linie des Vorsitzenden Mao hat Deng Hsiao-ping völlig verraten. Seine „großangelegte Politik" wandte sich in der Tat dagegen, sich beim Wirtschaftsaufbau Chinas auf die Kraft des chinesischen Volkes zu stützen, um anstelledessen die „Einfuhr von Technologie und Anlagen aus dem Ausland" anzupreisen.

Es ist nicht allein ein ökonomisches Problem, ob an der Politik der Unabhängigkeit und Selbständigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft festgehalten wird oder nicht, sondern es handelt sich dabei vor allem um eine politische Frage. Ein wichtiges Mittel von Imperialismus und Sozialimperialismus zur Kontrolle und Ausplünderung anderer Länder ist die Monopolisierung fortgeschrittener Technologie und moderner Produktionsanlagen, ist der Einsatz der wirtschaftlichen Macht, um die Entwicklung der anderen Länder in den Griff zu bekommen und sie so erpressen zu können, in sie einzudringen und Expansion zu betreiben. Heute gibt es für einen Staat, der nicht ökonomisch unabhängig ist und sich nicht auf die eigenen Kräfte stützt, auch politisch keine wirkliche Unabhängigkeit, bzw. kann er seine politische Unabhängigkeit nicht stabilisieren und ist in hohem Maße der Gefahr ausgesetzt, sich im Netz der einen oder der anderen Supermacht zu verfangen. Unser Staat leugnet die Notwendigkeit nicht, entsprechend den Bedürfnissen der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China und in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens ausländische Technologie und ausländische Anlagen zu importieren, doch darf dies nicht in einer Weise geschehen, daß die Leitprinzipien von Unabhängigkeit und Selbständigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft über Bord geworfen werden. Keinesfalls darf das chinesische Volk darauf bauen, die vier Modernisierungen mittels Importen zu verwirklichen. Würden wir, wie dies Deng Hsiao-ping forderte, ausschließlich auf die Technologie aus dem Ausland setzen, ausländische Konstruktionen kopieren, ausländische Fertigungsprozesse übernehmen und ausländische Maschinen nachahmen, statt uns hauptsächlich auf die eigene Kraft zu verlassen, dann würden wir uns selbst dazu verurteilen, für alle Zeiten hinter dem Ausland herzuhinken. Als Ergebnis würden die Entwicklung der Technik und die ganze Volkswirtschaft überhaupt unter die Kontrolle des ausländischen Monopolkapitals geraten.

Ökonomen der Monopolbourgeoisie verzapfen den Unsinn, die industriell rückständigen Länder könnten nur gestützt auf die Technik des Imperialismus „vorwärtskommen". Daß Deng Hsiao-ping, ein Mann, der sich Kommunist nennt, dieses scheinheilige Gerede nachplapperte, ist wahrlich ein Witz! Aber natürlich absolut kein Zufall. Es zeigt vielmehr, daß das ökonomische Konzept Deng Hsiao-pings voll und ganz den Bedürfnissen des Imperialismus entspricht.

Die „Prawda", Sprachrohr der Sowjetrevisionisten, hat die Ideen breitgetreten, Bodenschätze der Sowjetunion zu verpfänden, um ausländisches Kapital und ausländische Erfahrungen hereinzuholen. Ein Teil der Produkte der zu errichtenden Projekte soll nach diesem Plan zur Rückzahlung der Schulden irgendwann in der Zukunft verwendet werden. Deng Hsiao-pings „großangelegte Politik" ist von der gleichen Machart. In ihrem Wesen zielt sie darauf ab, durch Ausverkauf der Naturschätze und der staatlichen Souveränität Chinas zu ausländischen Krediten zu kommen.

Schamlos zählte er drei „Vorteile" dieser seiner Politik auf: 1. begünstige sie sehr den Export; 2. fördere sie die technische Umgestaltung; und 3. würden durch sie Arbeitskräfte absorbiert. „Vorteile" welcher Art sind das?! Sie bedeuten nichts anderes als den Imperialisten Tür und Tor zu öffnen, damit diese Chinas Naturschätze plündern und dem chinesischen Volk das Blut aussaugen können; die ausländischen Monopolkapitalisten würden bei diesem Handel Geld und Material liefern und China Arbeitskräfte. Das chinesische Volk hat vor der Befreiung mehr als genug dieser „Vorteile" genossen. Wäre es nach Deng Hsiao-pings „großangelegter Politik" des Kapitulantentums ge-

Fortsetzung auf Seite 7

Portugal

Das Land denen, die es bearbeiten!

Überall in der Provinz Alentejo im Süden Portugals kann man jetzt die Parole: „Das Land gehört uns und nicht den Großgrundbesitzern!" hören. Die wiederaufgebaute Kommunistische Partei Portugals – PCP(R) – ruft die armen Bauern und Landarbeiter zum Kampf für die Verteidigung ihres Besitzes auf, der nach dem Willen des reaktionären Staatspräsidenten Eanes und der kapitalistischen Regierung Soares den alten Großgrundbesitzern, die den armen Bauern und Landarbeitern vor dem 25. April 1974 im Nacken saßen, zurückgegeben werden soll.

Vor dem 25. April 1974, unter der faschistischen Diktatur, besaß eine Handvoll von steinreichen Großgrundbesitzern fast den gesamten Grund und Boden des Alentejo. Die überwältigende Mehrheit der Landbevölkerung war gezwungen, auf den Gütern dieser Blutsauger unter unmenschlichen Bedingungen zu schuften – ohne alle Rechte, der



Es lebe die PCP (R)! Das ist der Ruf der Arbeiterfrauen von Viano im Alentejo-Gebiet.

Willkür der Großgrundbesitzer, der Stützen des faschistischen Regimes, ausgeliefert. Die Landarbeiter auf den großen Gütern wurden gezwungen, schon vor Sonnenaufgang mit der Arbeit zu beginnen und kamen oft erst spät nach Sonnenuntergang nach Hause. Sie erhielten dafür einen Hungerlohn, der nicht einmal zum Notwendigsten reichte.

In „Voz do Povo", der Zeitung der Volksdemokratischen Union – UDP – berichtet z. B. eine Landarbeiterin über ihr schweres Leben in der Zeit der faschistischen Diktatur: *„Ich fing mit sieben Jahren zu arbeiten an. Wenn ich nach Hause kam, dann bekam ich mal was zu essen, mal nicht. Wir waren sieben Geschwister, zwei starben und meine Mutter war Wäscherin für die Faschisten und starb mit verkrüppelten Händen. Immer bis zum 15. des Monats hatten wir halbwegs zu essen, danach ging es aus."*

Als die faschistische Diktatur am 25. April 1974 gestürzt wurde, erhoben sich die Landarbeiter und armen Bauern in vielen Teilen des Alentejo. Sie verjagten die verhaßten Großgrundbesitzer, nahmen sich das Land, teilten es auf oder schlossen sich in Kooperativen zusammen. Sie sagten zu den Faschisten: „Es sind die Armen, die das Land bearbeiten und die das Recht darauf haben und nicht Leute wie Sie, die nichts tun, als das arme Volk zu quälen und auszubeuten."

Über 1,3 Millionen ha Land wurden auf diese Weise den Großgrundbesitzern entrissen. Soares hat jetzt die Landbesetzungen „illegal" genannt. Er will den Landarbeitern und armen Bauern ihr Land rauben und hat bereits damit begonnen. Um den Widerstand der Landarbeiter und armen Bauern zu brechen, ließ er sogar die Polizei und die Armee mobilisieren, um die Landarbeiter und armen Bauern gegebenenfalls gewaltsam von ihrem Land zu vertreiben. Zugleich hat der faschistische Verband der Großgrundbesitzer CAP eine wüste Hetze gegen die Landenteignungen organisiert und bewaffnete Banden aufgestellt, um die armen Bauern und Landarbeiter zu terrorisieren. Zugleich versuchen die modernen Revisionisten Cunhals, die armen Bauern und Landarbeiter, die zum Kampf entschlossen sind, zu beruhigen, ihre Kampfkraft zu schwächen und den Kampf zu sabotieren. Aus diesem Grund „warnen" sie vor „übereilten Aktionen" und predigen den armen Bauern und Landarbeitern den Weg der faulen Kompromisse mit der bürgerlichen Regierung.

In dieser Situation ist es die wiederaufgebaute Kommunistische Partei Portugals – PCP(R) –, die entschlossen die Lebensinteressen der armen Bauern und Landarbeiter verteidigt und sie zum Kampf für die Verteidigung ihres Grund und Bodens mobilisiert. Überall im Alentejo hat die Partei deshalb Versammlungen und Treffen organisiert. Die Bourgeoisie hat mit allen Mitteln, teilweise sogar durch den Einsatz der Polizei, versucht, die Versammlungen zu verhindern. Es ist ihr aber nicht gelungen. Die Partei erklärt auf diesen Versammlungen den armen Bauern und Landarbeitern, daß die Linie der faulen Kompromisse und der Verhandlungen mit der Bourgeoisie in die Niederlage führt, daß es allein der Kampf ist, der verhindern kann, daß die Großgrundbesitzer auf ihre alten Güter zurückkehren. **Durch ihr entschlossenes Eintreten für die Rechte der armen Bauern und Landarbeiter schmiedet die PCP(R) das revolutionäre Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern, die Grundlage für die revolutionäre Einheit des Volkes zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und für die Errichtung der Volksmacht in Portugal.**

Zum ökonomischen Konzept Deng Hsiao-pings, einem Konzept der Kompradorenbourgeoisie

Fortsetzung von Seite 6

gangen, so würde unser Land Schritt für Schritt zum Rohstofflieferanten, Absatzmarkt und Investitionsempfänger von Imperialismus und Sozialimperialismus herabsinken. Dadurch gingen wir nicht nur der Errungenschaften der sozialistischen Revolution verlustig, sondern auch die Früchte der demokratischen Revolution würden zunichte gemacht. Das zeigt ganz klar, daß Deng Hsiao-ping die Interessen der ausländischen Großbourgeoisie vertritt, und läßt seine Natur als Komprador des Imperialismus deutlich zutage treten.

Historische Erfahrungen verdienen Beachtung

Die historischen Erfahrungen der letzten hundert Jahre lehren uns, daß man nur Illusionen nachhängt, wenn man glaubt, China könne durch Abhängigkeit von der Technik und von den Krediten des Imperialismus zur Entwicklung seiner Wirtschaft stark gemacht und zur Blüte gebracht werden. Gegen Ende der Tjing-Dynastie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts predigten die Fürsprecher der „Bewegung der Anlehnung an den Westen" die Idee, „zur Entwicklung des Landes Kredite aufzunehmen". Sie meinten, Chinas einzige „Chance für den Fortschritt" und sein einziger „Weg zum Überleben" sei, die Naturschätze des Landes als Pfand für große Darlehen aus den imperialistischen Ländern einzusetzen und für den Aufbau einer Industrie ausländische Techniken zu „kopieren". Das Ergebnis war aber das genaue Gegenteil dessen, was man erwartet hatte. Diese kapitulationistischen Ideen waren gerade das, was die Imperialisten brauchten, um ihre Überschußwaren abzusetzen, Kapital nach China zu exportieren und China unter sich aufzuteilen. Die „Bewegung der Anlehnung an der Westen" ließ den RessourcenstromChinas tagtäglich mehr versiegen und vertiefte die nationale Krise.

Im halbfeudalen und halbkolonialen alten China gab es Leute, die enthusiastisch dafür eintraten, das „Land durch Industrialisierung zu retten". Als Grundursache für Chinas Armut und Rückständigkeit galt ihnen die unentwickelte Industrie, und sie meinten, China könnte durch großangelegte Entwicklung von Industrie und Handel von Armut und Schwäche zu Stärke und Prosperität gebracht werden. Sie hatten nicht den Mut, einen umfassenden Kampf gegen Imperialismus und Feudalismus aufzunehmen, und hegten die Illusion, China könne eine kapitalistische Industrie entwickeln, ohne die imperialistische Herrschaft zu stürzen. Unter der zweifachen Unterdrückung durch die Imperialisten und ihre Lakaien war das Ende dieser Advokaten der „Rettung des Landes durch Industrialisierung" vorgegeben: Entweder scheiterten sie, und ihre Illusionen zerplatzten wie Seifenblasen, oder sie warfen sich den Imperialisten in die Arme und schwenkten auf den Weg der Kompradorenbourgeoisie ein. In seiner Jugend begeisterte sich Deng Hsiao-ping für die Idee der „Rettung des Landes durch Industrialisierung". In den darauffolgenden Jahrzehnten haben sich sein bürgerlicher Standpunkt und seine bürgerliche Weltanschauung nicht ein bißchen geändert. Mit der Vertiefung der Revolution wurde seine reaktionäre bürgerliche Natur immer deutlicher. Er, der sich der sozialistischen Revolution widersetzte, Restauration und Rückschritt anstrebte und durch Kapitulation und Landesverrat das Erbe der Kompradorenbourgeoisie antrat, mußte schließlich wie alle Kompradoren in Chinas Geschichte schmählich enden.

Die flammenden Worte des Vorsitzenden Mao: **„Nur der Sozialismus kann China retten"** formulieren die historische Schlußfolgerung, zu der das chinesische Volk nach langwierigen revolutionären Kämpfen gelangte. Ohne die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao, ohne die Diktatur des Proletariats und ohne den sozialistischen Weg wäre Chinas Unabhängigkeit, wären Gedeihen, Freiheit und Glück des chinesischen Volkes ein bloßer Wunschtraum. Revolution bedeutet Umwälzung; sie allein kann alles verändern. Wenn wir weiterhin unentwegt der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao folgen, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anpakken und an den Prinzipien der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft festhalten, wenn wir uns wie bisher entschlossen auf die Volksmassen stützen, ihre Initiative und Schöpferkraft zu voller Entfaltung bringen, werden wir in der Lage sein, China noch in diesem Jahrhundert zu einem starken sozialistischen Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik aufzubauen, und zum großen Ziel, dem Kommunismus, weiter voranschreiten.

(Leicht gekürzte Übersetzung eines Artikels in „Hongqi" Nr. 7/1976. Zwischentitel von uns – Peking Rundschau Nr. 35/76)

Rhodesienkonferenz - ein Schwindel

In Genf wird in Kürze die sogenannte „Verfassungskonferenz über Rhodesien" beginnen. Aber wie schon die vorausgegangenen politischen Initiativen des amerikanischen Imperialismus und des rassistischen Smith-Regimes ist auch diese Konferenz nichts anderes als ein Komplott, um den Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe auszulöschen.

Angeblich, so heißt es jetzt, sei diese Konferenz ein Mittel, um der afrikanischen Mehrheit die Macht zu geben. Was steckt aber in Wirklichkeit dahinter? Die amerikanischen, britischen und anderen Imperialisten sowie das rassistische Smith-Regime schlagen solche Töne natürlich nicht freiwillig an. Es ist noch gar nicht so lange her, daß sie z. B. erklärten, der Übergang der politischen Macht an die afrikanische Mehrheit bedeute das „Chaos" und müßte auf jeden Fall vermieden werden. Aber jetzt hat sich die Lage geändert. Das Volk von Simbabwe hat zu den Waffen gegriffen, um das rassistische Smith-Regime zu zerschlagen und es hat durch seinen bewaffneten Kampf die Herrschaft dieses Regimes bis in die Grundfesten erschüttert. In den Reihen der Smith-Clique und bei ihren imperialistischen Hintermännern hat der wachsende Kampf des Volkes von Simbabwe Alarm und Furcht hervorgerufen und sie bemühen sich, einen Ausweg zu finden.

Deshalb starten sie jetzt, ohne die militärischen Aktionen gegen die Befreiungskämpfer auch nur im mindesten einzustellen, ohne die rassistische Unterdrückung, den Terror und die Verbrechen gegen das Volk auch nur im geringsten zu mildern, eine betrügerische Aktion nach der anderen, um durch die Lüge von einer angeblich möglichen friedlichen Lösung die Befreiungskämpfer zu entwaffnen.

Aber eine solche Demagogie zieht nicht. **Noch niemals hat der Feind freiwillig seine Macht aus den Händen gegeben. Noch niemals haben sich die Imperialisten aus einem Land, auf das sie ihre Hände gelegt haben, freiwillig zurückgezogen. Immer haben die Imperialisten, die faschistischen und reaktionären volksfeindlichen Regimes ihre Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft bis zuletzt mit Zähnen und Klauen verteidigt.** Deshalb ist auch heute klar, daß es sich bei der „Verfassungskonferenz" um ein Manöver handelt, das Leben des Smith-Regimes so lange wie möglich zu verlängern und den gerechten Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe auszulöschen.

In einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek" hat Smith schließlich selbst erklärt, daß die Weißen die Kontrolle über die Armee und Polizei, d. h. über den rassistischen Unterdrückungs- und Gewaltapparat, nicht aus den Händen geben werden. Er hat erklärt, daß es keine Übergangsregierung geben werde, wenn die Befreiungskämpfer nicht den bewaffneten Kampf aufgeben würden. Das ist eine wirklich offenherzige Enthüllung des Rassisten Smith.

Aber das Volk von Simbabwe ist entschlossen, die Waffen nicht aus der Hand zu legen und den Kampf fortzusetzen, als einzigem Weg, der ihm die wahre Freiheit und Unabhängigkeit bringt. Das beweisen die ständigen Aktionen der Befreiungskämpfer gegen ihre rassistischen Unterdrücker.

Spenden

Für die KPD/ML:

Datum	Spender	Betrag
1.9.	Veranstaltung Bayern	423,00
3.9.	Studententreff Freibg.	25,50
6.9.	Veranstaltung HH	1 579,50
9.9.	Veranstaltung Frankf.	1 640,80
15.9.	Buchladen HH (Grundsatzerklärung)	26,25
16.9.	Gäste vom „Zum alten Sängerheim"	110,00
	F., Kiel (Grundsatzerklärung)	50,00
22.9.	M.M., Nürnberg	160,00
27.9.	A.S., Dortmund	1 000,00
28.9.	Veranstaltung HH zur Grundsatzerklärung	889,17
29.9.	Veranstaltung Nürnberg zur Grundsatzerklärung	150,00
	Veranstaltung Herne zur Grundsatzerklärung	150,45
30.9.	Veranstaltung Konstanz zur Grundsatzerklärung	23,64
	SUMME:	6 228,31

Für den „Roten Morgen":

Datum	Spender	Betrag
7.9.	Kunden des Buchladens in HH	107,50
	Gen. aus Kiel	84,00
	G.U., Wuppertal	70,00
9.9.	Buchladen Bochum	79,28
10.9.	KSB/ML, Westberlin	10,00
29.9.	RM-Verkauf, Stuttgart	63,00
	SUMME:	413,78

Solidarität:

Datum	Spender	Betrag
3.9.	Genossen aus Oberhausen	56,58
6.9.	Genossen aus HH	73,00
7.9.	Für Gefangene des Antikriegstags	30,20
9.9.	J.B., Essen	20,00
16.9.	RG-Jugendtreff (RM-Prozesse)	16,00
20.9.	Arbeitertreff Kiel-Gaarden	42,00
	SUMME:	237,78

Sonstige Spenden:

Datum	Spender	Betrag
2.9.	Kollege aus Rüsselsheim, (Spanien)	100,00
3.9.	OG Kempten (Polen)	150,00
	Gen. aus Oberhausen (DDR)	18,20
6.9.	Stammtisch Saarbrüken (DDR)	40,00
7.9.	Gen. aus Kiel (DDR)	59,50
	Gen. aus Kiel (PAC)	80,50
	D.H., Flensburg (DDR)	13,75
14.9.	KSB/ML-Med., Westberlin (PAC Azania)	100,00
15.9.	Buchladen HH (DDR)	24,65
16.9.	D.S., HH, (Azania)	40,00
29.9.	RM-Verkauf Stuttgart (DDR)	7,00
30.9.	G.S., Laudenbach/Allg. (Azania)	79,22
	SUMME:	712,82

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Am Vorabend des 7. Parteitages

Der erste albanische Stahl

Am Vorabend des 35-jährigen Jubiläums der Partei der Arbeit Albaniens und ihres 7. Parteitages erzielten die albanischen Hüttenwerker einen großartigen Sieg beim Aufbau des Sozialismus: Am 15. Oktober begann im Stahlwerk des Hüttenkombinats Elbasan die probeweise Beschickung. Es wurde der erste Stahl abgegossen. Es war der erste Stahl, der in der Geschichte Albaniens im Land hergestellt worden ist.

Für alle Beteiligten am Bau des Stahlwerks waren das bewegende und unvergeßliche Augenblicke. Die Bau- und Montagearbeiter des Kombinats schüttelten sich die Hände zu diesem außerordentlich bedeutenden Erfolg. Erst am Vorabend des 1. Mai war im noch im Bau befindlichen Hüttenkombinat Elbasan das erste Roheisen in dem neu eingeweihten Hochofen gewonnen worden. Keine sechs Monate später wird aus diesem Roheisen bereits der erste albanische Stahl gewonnen. Diese Erfolge zeugen von der Begeisterung und dem Schwung, mit dem die albanische Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei der Arbeit und geleitet von Genossen Enver Hoxha den Sozialismus in Albanien aufbaut. So hatten die Bau- und Montagearbeiter – angespornt von dem ersten albanischen Gußeisen, das gewonnen wurde, einen großen Arbeitsschwung entfaltet und die Arbeiten am Stahlwerk und den übrigen Objekten des Kombinats beschleunigt. Ein breiter sozialistischer Wettbewerb um den Titel „Stoßarbeiter des 35. Gründungstages der Partei der Arbeit" entbrannte unter ihnen und führte zu ausgezeichneten Ergebnissen.

Von dem Schwung, der auf der größten Baustelle Albaniens herrscht, zeugen auch die 2 000 jugendlichen Aktionisten aus der Arbeiterschaft und den Genossenschaftsbauern verschiedener Bezirke, die Seite an Seite mit den Bauarbeitern das Eisenbahnnetz innerhalb des Hüttenkombinats angelegt haben. Auch von der Universität Tirana nahmen 500 Studenten an einer Aktion zum Aufbau des Hüttenwerkes teil. Das ganze albanische Volk nimmt an dem Geschehen dieser größten und wichtigsten Baustelle des Landes großen Anteil.

Welche Bedeutung diese Erfolge beim Aufbau des Metallurgischen Kombinats in Elbasan für das albanische Volk haben, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß Albanien noch vor 32 Jahren, nach Ende des Krieges, nicht viel mehr als mehrere Schmiedeambosse und einige alte Werkbänke besaß. Daß die sozialistische Wirtschaft Albaniens heute im Sturmschritt voranmarschiert und Albanien sich zusehends in einen modernen Industrie-Agrarstaat verwandelt, ist allein das machtvolle Werk der Diktatur des Proletariats mit der Partei der Arbeit an der Spitze. Stets hat die Partei konsequent eine richtige Linie und Politik zur sozialistischen Industrialisierung des Landes verfolgt. *„Auf diesem Weg"*, sagte Genosse Enver Hoxha vor wenigen Monaten bei der Einweihung des Hochofens des Hüttenwerks, *„stieß unsere Partei auf allen Gebieten, besonders im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Eisennickel, auf die feindliche Tätigkeit der Sowjetrevisionisten und ihrer Satelliten. Sie logen uns lange Zeit an. Schließlich gelangten sie zu der kolonialistischen Schlußfolgerung, in Albanien könne auf der Basis des einheimischen Erzes kein Hüttenkombinat errichtet werden, wir sollten das Erz vielmehr in die Tschechoslowakei schicken, denn dort könne ein Kombinat errichtet werden. Wir sollten also unser Erz zu den von ihnen aufgezwungenen Preisen verkaufen."* Die Feinde des sozialistischen Aufbaus in Albanien, die Imperialisten und Sozialimperialisten wollten stets, daß Albanien weiterhin eine Rohstoffquelle und Hersteller landwirtschaftlicher Erzeugnisse bliebe und bei wichtigen Industrieerzeugnissen von ihnen abhängig sei. Unter der Führung der Partei der Arbeit aber ist das albanische Volk nicht in die Falle der Feinde des Sozialismus getappt.

Die Partei hat stets beim Aufbau des Sozialismus berücksichtigt, daß die politische Unabhängigkeit des Landes eng mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zusammenhängt. Und um die Unabhängigkeit zu gewährleisten, ist sie immer der Lehre Lenins gefolgt und hat der Produktion von Produktionsmitteln den Vorrang gegeben. In jedem Fünfjahrplan wurden bedeutende Ziele festgelegt, um diesen lebenswichtigen Industriezweig rasch zu entwickeln. Das erste albanische Roheisen, der erste albanische Stahl, das immer mehr seiner Vollendung entgegengehende Metallurgiekombinat Elbasan zeigen, welch gewaltige Erfolge beim Aufbau des Sozialismus errungen worden sind. Genosse Enver Hoxha sagte bei seiner Einweihung des Hochofens in Elbasan im April dieses Jahres: *„Es ist das bedeutendste Werk, das die Arbeiterklasse unseres Landes aufbaut und stellt einen Markstein der Entwicklung unserer Industrie dar, es ist das Werk, in dem das Brot unserer Industrie erzeugt wird."* Genosse Enver Hoxha betonte dabei, daß die Volksrepublik China bei der Errichtung dieses Werkes dem albanischen Volk eine große internationalistische Hilfe erwiesen hat: *„Wir sind dem großen chinesischen Volk, der Kommunistischen Partei Chinas und Genossen Mao Tsetung dafür dankbar." „Mit diesem Werk"*, sagte Genosse Enver Hoxha, *„zeigen wir dem Weltproletariat, was Sozialismus ist, was Diktatur des Proletariats, was wirklicher Internationalismus ist, zeigen wir ihnen die glänzenden Ergebnisse der konsequenten Entfaltung des Klassenkampfes im Land und auf der internationalen Arena."*



Am 25. April wurde schon die Gußeisen-Koks-Straße im Hüttenkombinat in Elbasan eingeweiht. Das Kollektiv des Metallurgischen Kombinats feiert das Ereignis mit Freude und Begeisterung.

In stählerner Einheit zum 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

Die Kommunisten und das ganze albanische Volk sehen den großen Ereignissen des November, dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens und ihrem 35. Gründungstag, in einer äußerst begeisterten Atmosphäre und mit revolutionärem Optimismus entgegen. Am Vorabend dieser Ereignisse fanden die Parteikonferenzen der verschiedenen Bezirke statt.

Die Parteikonferenzen verliefen auf einem höheren politischen und ideologischen Niveau denn je. Dabei trat die stählerne Einheit der ganzen Partei um das Zentralkomitee mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze zutage, das gehobene ideologische Niveau der Parteiorganisationen infolge des tieferen Eindringens in die Lehren des Marxismus-Leninismus, in die Materialien der Partei, besonders die Beschlüsse der Plenen des Zentralkomitees in den letzten Jahren, und infolge der allseitigen Bemühungen, um sie in die Tat umzusetzen, indem der Klassenkampf richtig geführt wird. Es trat die solide organisatorische Lage zutage, Frucht des tieferen Verständnisses und der besseren Befolgung der marxistisch-leninistischen Prinzipien und Normen.

Die Parteibezirkskonferenzen analysierten in revolutionärem Geist die im vergangenen Fünfjahrplan geleistete Arbeit und bekundeten die Bereitschaft der Kommunisten und aller werktätigen Massen von Stadt und Land, neue,noch größere Aufgaben für den Aufbau des Sozialismus und die Verteidigung des Vaterlandes zu übernehmen und erfolgreich durchzuführen. Aus den Berichten und den Diskussionen auf den Parteibezirkskonferenzen ging hervor, daß die allseitige Arbeit, die geleistet wurde, um die Beschlüsse des 6. Parteitags und der Plenen des Zentralkomitees der Partei in den letzten Jahren in die Tat umzusetzen, die führende Rolle der Parteiorganisationen auf allen Gebieten ununterbrochen verstärkt hat.

Die schöpferischen Energien der Kommunisten und Werktätigen in dem Kampf, um die Wachstumsschwierigkeiten und die aus der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung resultierenden Hindernisse zu überwinden, haben sich wie nie zuvor manifestiert. In den Bezirken wurden bedeutende Erfolge auf den verschiedenen Gebieten des sozialistischen Aufbaus erzielt. So steigerten z. B. die Werktätigen des Bezirks Tirana im vergangenen Fünfjahrplan die industrielle Produktion um 49% und die landwirtschaftliche Produktion um 38%. Die Arbeiterklasse des Bezirks Durres realisierte den 5. Fünfjahrplan in vier Jahren und zehn Monaten. Die Kommunisten und Werktätigen des Bezirks Elbasan führten die Parteibezirkskonferenz mit erfüllten Aufgaben bei dem Bauplan für das Hüttenkombinat, das größte Werk des Fünfjahrplans, durch. Im Bezirk Fieri wurden wichtige Werke in Betrieb genommen, wie die Harnstofffabrik in Fieri und das Wärmekraftwerk in Ballsh. Und die Erdölraffinierie dort steht vor dem Bauabschluß. Die Werktätigen der Landwirtschaft des Bezirks Vlora produzierten 1975 57,5% mehr Brotgetreide als 1970. Allseitige Erfolge wurden auch in den anderen Bezirken des Landes erzielt.



Genosse Enver Hoxha im Gespräch mit jungen albanischen Arbeitern

Die Parteiorganisationen führten die Konferenzen auch mit einer Reihe erfreulicher Erfolge im laufenden Jahr durch. Dieses Jahr ist das Jahr der gewaltigen heldenhaften Arbeit der Genossenschaftsbauern und des ganzen Volkes unter Führung der Partei, um das Brot im Land zu sichern. Diese Bemühungen wurden, wie in den Telegrammen von den Plenen der Parteibezirkskonferenzen an das Zentralkomitee der Partei mitgeteilt wurde, bis jetzt konkretisiert, indem die Mehrzahl der Bezirke den Weizenproduktionsplan überbot.

Die Aussprache über den Entwurf der Direktiven des 7. Parteitags für den 6. Fünfjahrplan, die sofort nach der Aussprache über den Verfassungsentwurf der Sozialistischen Volksrepublik Albanien stattfand, war eine weitere Massenaktion von allseitigem Wert. Daran nahmen alle werktätigen Massen teil und rund 160 000 Personen äußerten ihre Meinung in Diskussionsbeiträgen. Davon waren 150 000 Arbeiter und Genossenschaftler. Bei dieser Aktion, bei der jeder mit hohem Verantwortungsbewußtsein und in patriotischer Sorge sprach, wurden neue Möglichkeiten und Reserven aufgedeckt, um die Produktion zu steigern, indem das Prinzip befolgt wird, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, und es wurden höhere revolutionäre Ziele festgelegt.

Auf den Konferenzen wurden bedeutende Probleme behandelt, wie die richtige Fortführung des Klassenkampfes in und außerhalb der Reihen der Partei; das tiefe Verständnis und die praktische Anwendung des Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, als ein Grundprinzip, das stets der Linie und Politik unserer Partei zugrundelag und das unter den Bedingungen der allseitigen imperialistisch-revisionistischen Einkreisung des Landes besondere Bedeutung erhält; die Steigerung der Brotgetreideproduktion als ein Problem, das mit dem Kampf für den Sozialismus, mit der Verteidigung und Festigung der Unabhängigkeit des Vaterlandes zusammenhängt; die politische und Kampfausbildung des Volkes und die Festigung des Verteidigungspotentials des Vaterlandes als Aufgabe über allen Aufgaben und anderes.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der weiteren Festigung der führenden Rolle der Parteiorganisationen auf allen Gebieten und in jeder Hinsicht geschenkt, was der entscheidende Faktor ist, um alle Aufgaben, die sich stellen, ehrenvoll zu erfüllen.

Über all dies wurde auf den Konferenzen im Sinn der Partei diskutiert. Es wurden die Erfolge ideologisch analysiert und wissenschaftlich die Grundlagen der Erfolge begründet. Es wurden aus den bisherigen Erfolgen und auf den Bedingungen und realen Möglichkeiten, die jeder Bezirk hat, beruhende konkrete und kühne Beschlüsse gefaßt. Die Parteikonferenzen betonten die Notwendigkeit, daß der Klassenkampf in allen Lebensbereichen geführt wird, in Wirtschaft, Politik, Ideologie, daß er stets entzündet bleibt und prinzipienfest und so konkret wie möglich geführt wird.

Die weitere Festigung der führenden Rolle der Parteigrundorganisationen, wurde auf den Parteikonferenzen betont, ist der entscheidende Faktor, um die Aufgaben auf politischem, ideologischem, wirtschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiet der Verteidigung erfolgreich zu erfüllen und erfolgreich allen Gefahren standzuhalten, die sich unserem Land durch die feindliche imperialistisch-revisionistische Einkreisung und Blockade stellen.

Auf allen Parteibezirkskonferenzen traten die politische Begeisterung und der hohe revolutionäre Geist der Kommunisten und aller Werktätigen zutage, ihre volle Überzeugung, daß mit den Lehren der Partei in Herz und Hirn, mit der stählernen Einheit um die Partei, ihr Zentralkomitee mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze neue große Siege beim sozialistischen Aufbau und bei der Verteidigung der Siege der Revolution erzielt werden. Dieser hohe revolutionäre Geist und das unerschütterliche Vertrauen in die Linie der Partei der Arbeit Albaniens wird von den Delegierten, die auf den Parteibezirkskonferenzen gewählt wurden, in den 7. Parteitag getragen werden.

(Radio Tirana vom 14. 10. 1976)

PARTEIVERANSTALTUNG

RÜSSELSHEIM:
Zum 35. Jahrestag der PAA
Gaststätte „Zum Burggrafen"
Friedrich-Ebert-Straße
8. November 1976, 19.30 Uhr

VERANSTALTUNGEN DER GESELLSCHAFT DER FREUNDE ALBANIENS

„Denkmäler Albanischer Kultur" – eine Fotoausstellung mit Beispielen albanischer Kulturdenkmäler vom Altertum bis heute. Daneben zeigen wir auch eine kleine Sammlung mit albanischem Kunstgewerbe, Kunstdrucken, Briefmarken, Büchern usw.
21.10.-14.11.76, täglich außer montags, 10 bis 18 Uhr.

Lichtbildervortrag über das albanische **Gesundheitswesen**
Donnerstag, den 11.11.76, 19 Uhr.

„Alte Wunden" – albanischer Spielfilm
Freitag, den 12.11.76, 19 Uhr.

Alle Veranstaltungen im Ruhrlandmuseum, Essen-Mitte, Bismarckstr. 62

Albanien - Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa



Flete Rrufe — Blitzbriefe — sind ein Ausdruck der Verwirklichung der sozialistischen Demokratie in Albanien. Ein anderes Beispiel dafür sind die breiten Volksaussprachen und Diskussionen wie sie anläßlich des Entwurfs für die neue Verfassung stattfanden.



„Die Massen bauen den Sozialismus auf. Die Partei führt sie dabei." Überall in Albanien spürt man die stählerne Einheit zwischen der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze und dem albanischen Volk.



Unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens hat die albanische Arbeiterklasse zusammen mit den anderen Werktätigen ständig neue Siege bei der weiteren Festigung der Diktatur des Proletariats errungen. So wurden kürzlich die Lohnunterschiede weiter — auf das Verhältnis 1 zu 2 — verringert.



Die albanische Volksarmee, gestählt im Feuer des Befreiungskampfes, ist stets bereit, die sozialistische Heimat gegen alle Feinde zu verteidigen.



Das albanische Volk ist ein Volk in Waffen. Die Ehre und die Pflicht für jeden albanischen Bürger, seine Heimat zu verteidigen, ist ausdrücklich im Entwurf für die neue Verfassung enthalten.



Tausende von albanischen Jugendlichen beteiligen sich in jedem Jahr an revolutionären Massenaktionen. Sie sind eine gewaltige Schule der Revolution für die Jugend und gleichzeitig ein Beweis für das Vertrauen, das der albanische Staat seiner Jugend entgegenbringt, der so wichtige Aufgaben, wie der Bau des gesamten Eisenbahnnetzes übertragen werden. (Bild: Jugendliche Aktionisten).

Aus aller Welt

HONDURAS

In Honduras, wo eine faschistische Diktatur herrscht, wird das Leben des Volkes, besonders der Bauern, immer schwerer. Über 85% der Bauern in Honduras haben kein Land, denn der größte Teil davon befindet sich in den Händen einheimischer und ausländischer Großgrundbesitzer, die die Bauern erbarmungslos ausbeuten. Die brutale kapitalistische Unterdrückung und das äußerst schwierige Leben führten dazu, daß sich die Bauern von Honduras immer wieder zu bewaffneten Aufständen erheben. In vielen Fällen haben sie den Besitz der einheimischen und ausländischen Eigentümer besetzt. Laut Agenturmeldungen besetzten in der letzten Woche Hunderte Bauern im Norden des Landes 1 777 ha Land einer amerikanischen Bananenplantage. Auch die Bauern zweier Distrikte in Santa Barbara besetzten vor einigen Tagen einige hundert Hektar Land.

ZYPERN

Es wird gemeldet, daß die britische Regierung die Möglichkeit einer neuen Verstärkung auf ihrem Stützpunkt in Akrotiri im Süden Zyperns untersucht. So sollen dorthin zwei Jagdbombergeschwader, die mit Atombomben ausgerüstet sind und zwei Luftaufklärungsgeschwader verlegt werden. Damit setzen die britischen Imperialisten die Politik des aggressiven Nato-Paktes, dessen aktives Mitglied sie sind, fort, die Lage in diesem Teil des Mittelmeeres gespannt zu halten und die Zypernfrage für die Ziele der aggressiven Politik dieses Pakts auszunutzen. Diese Handlungsweise stellt ebenso wie jeder Plan, jede Intrige und jede Einmischung der beiden imperialistischen Supermächte, USA und Sowjetunion, in die inneren Angelegenheiten Zyperns eine ernste Gefahr für die Souveränität und territoriale Integrität dieses Landes dar.

ENGLAND

„The Worker", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Britanniens/ML, das das große Problem der Arbeitslosigkeit in Britannien behandelt, schrieb, daß als Folge der Politik der Regierung der höchste Stand der Arbeitslosigkeit seit den dreißiger Jahren erreicht wurde. Über 1,5 Mio. Menschen sind arbeitslos, d. h. mehr als 6% der Arbeitsfähigen, und mehr als 200 000 Jugendliche haben die Schulen verlassen, um in die endlosen Reihen der Verkäufer von Arbeitskraft einzutreten. „The Worker" betont, daß die Arbeitslosigkeit das Hauptziel der Regierungspolitik ist, um den Widerstand der Arbeiterklasse entsprechend den Interessen des Kapitalismus zu brechen. Abschließend schreibt „The Worker", daß der Kampf der britischen Arbeiter für das Recht auf Arbeit übergehen muß in den allgemeinen Kampf, das kapitalistische System selbst zu zerstören.

KOLUMBIEN

In Kolumbien dauern die Kämpfe der Studenten gegen das reaktionäre Regime Lopez Michelsen weiter an. Jetzt wurde bekannt, daß die kolumbianische Armee die Nationaluniversität von Bogota besetzte, um den Kampf der Studenten zu unterdrücken. In Medellin kämpften die Studenten mutig gegen die Polizei, die über 20 Jugendliche festgenommen hat. Bei den Kämpfen wurden auch verschiedene Polizeibeamte verwundet.

BELGIEN

200 Arbeiter des Siemens-Konzerns halten ein Zweigwerk des Konzerns in Belgien besetzt. Sie protestierten gegen den Plan der Kapitalisten, in der nächsten Zeit von den insgesamt 6 500 belgischen Arbeitern 1 000 auf die Straße zu setzen. Auch die Arbeiter anderer belgischer Betriebe kämpfen weiter gegen die Entlassungen, die die Kapitalisten planen, um die Lasten der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. So kam es in der letzten Zeit in verschiedenen Betrieben der Stahlindustrie zu Warnstreiks.

SPANIEN

In Spanien setzen die Arbeiter die Streiks für ihre politischen und wirtschaftlichen Forderungen fort. In Bilbao organisierten laut offiziellen Angaben 25 000 Bauarbeiter einen Streik für ihre gerechten Forderungen.

Es kam zu Zusammenstößen zwischen den streikenden Arbeitern und der Polizei, als diese versuchte, die Arbeiter zur Rückkehr zur Arbeit zu zwingen.

USA

Der Klassenkampf in den USA nimmt immer größere Ausmaße an. In der ersten Hälfte dieses Jahres fanden laut offiziellen Angaben 2 176 Streiks statt, an denen mehr als 1,5 Mio. Arbeiter teilnahmen. Auch im 3. Quartal ist die Zahl der Streiks sehr gestiegen. Im Juli riefen 37 000 Arbeiter des Elektrotrusts Westinghouse ihren ersten nationalen Streik seit 20 Jahren aus. Im gleichen Monat legten 70 000 Arbeiter der Konservenindustrie in Kalifornien die Arbeit nieder. Von Mitte Juni bis Mitte August standen 165 000 Bergwerksarbeiter im Streik. Und schließlich riefen 170 000 Fordarbeiter im vergangenen Monat einen Streik aus. Bei ihrem Kampf haben die amerikanischen Werktätigen noch klarer als bisher das wirkliche Gesicht der reaktionären Gewerkschaftsführer zu sehen bekommen, ihre Rolle als Lakaien der Bourgeoisie, als Kollaborateure der Behörden bei den verbrecherischen Versuchen, die Streiks zu unterdrücken. Kennzeichnend für diese Streiks ist, daß die amerikanischen Werktätigen die wirtschaftlichen Forderungen auch mit politischen Forderungen verbanden, indem sie die Gewalt und die allseitige Rassendiskriminierung in den USA verurteilen.

Spendet
für den Aufbau des
DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.Nr.: 321 004 547 und
KPD/ML, Spendenkonto
PschKto. 6 420 – 467

PALÄSTINA

Laut Agenturmeldungen geht in Hebron, wo von den israelischen Zionisten der Ausnahmezustand verhängt ist, die Protestwelle der einheimischen Einwohner weiter. Obwohl die Straßen der Stadt voller zionistischer Soldaten sind, die von gepanzerten Fahrzeugen unterstützt werden, führten die arabischen Einwohner am 12. Oktober erneut eine Demonstration durch, bei der sie zahlreiche Losungen gegen die Besetzung ihrer Gebiete sowie gegen die Gewalt der israelischen Besatzungstruppen mit sich trugen. Die Polizei ging brutal gegen die Demonstranten vor und setzte Tränengas, Gummiknüppel und Schußwaffen ein. Etliche arabische Einwohner wurden von den Zionisten verhaftet.



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAISES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS, UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an:
GEWISO-Buchvertrieb 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Türkei



Artikel aus "Nuova Unità"

"Wir unterstützen die revolutionäre proletarische Linie der chinesischen Kommunisten"

Vor zehn Jahren, im Oktober 66, als aus der Wirklichkeit des Klassenkampfes in Italien als Fortsetzerin der Partei Antonio Gramscis unsere Partei entstand, entwickelte sich in China mit Macht die Große Proletarische Kulturrevolution. Die chinesische Kommunistische Partei, die Partei der Arbeit Albaniens, die marxistisch-leninistischen Parteien und Kräfte der verschiedenen Länder führten eine breite und tiefgehende Offensive gegen den modernen Revisionismus. Die Trennungslinie der verschiedenen in diesem entscheidenden Kampf verwickelten Kräfte wurde immer klarer. Auf der einen Seite die wirklichen Kommunisten, auf der anderen die Chruschtschow, Liu Schao-tschi, Togliatti, Thorez, die falschen Kommunisten. Zwei Klassen – Proletariat und Bourgeoisie, zwei Linien – die marxistisch-leninistische und die revisionistische, standen sich gegenüber in einem Kampf auf Leben und Tod.

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m.-l.)
Anno XIII - SETTIMANALE - N. 33 - L. 150 Martedì 14 Settembre 1976

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten

Die Genossen, die im Oktober 66 in Livorno die Kommunistische Partei Italiens wieder gründeten, hatten lange innerhalb der PCI gegen die Togliatti-Linie gekämpft, und verschiedene von ihnen waren aus der revisionistischen Partei ausgeschlossen worden, weil sie die richtigen marxistisch-leninistischen Positionen der chinesischen und albanischen Genossen verteidigt hatten, die grundlegenden Dokumente – wie die „25 Punkte" (des Vorschlags zur Generallinie, Anm. d. Übers.) – die in jeder Hinsicht den modernen Revisionismus entlarvten. „Nuova Unita" hatte als Organ der marxistisch-leninistischen Bewegung von Anfang an die Große Proletarische Kulturrevolution unterstützt, sie als einen „großen Sprung vorwärts in der Geschichte" bezeichnet, und gegen die antikommunistische und antichinesische Kampagne gekämpft, die die Imperialisten, die modernen Revisionisten und die bürgerliche Reaktion entfesselt hatten.

In diesen zehn Jahren hat die Kommunistische Partei Italiens(ML) immer, ganz gleich unter welchen Bedingungen und welchen Kräfteverhältnissen, die proletarisch-revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao, die Große Proletarische Kulturrevolution und den Kampf der chinesischen Kommunistischen Partei für die Festigung der Diktatur des Proletariats unterstützt. Diese Unterstützung ist von unserer Seite niemals ein formaler Akt gegenüber einer großen Partei an der Macht gewesen, und noch viel weniger eine Haltung vergleichbar mit der gewisser kleiner Abenteurer, die als Marxisten-Leninisten verkleidet sind und versuchen, die politische und moralische Leere, die sie als von den Massen losgelöste Gestalten haben, mit internationaler „Anerkennung" aufzufüllen (die so sehr ersehnt wurde und nie kam). Und es ist auch nicht die Haltung gewisser kleinbürgerlicher Intellektueller, die die Revolution in der Bibliothek machen wollen, indem sie die internationale marxistisch-leninistische Presse durchblättern und sich nicht darum kümmern, was draußen vor der Tür vor sich geht. Unsere Unterstützung der richtigen proletarisch-revolutionären Linie der chinesischen Kommunistischen Partei entsteht aus der Wirklichkeit der Klassenauseinandersetzung in unserem Land, aus dem Bewußtsein, daß jenseits der Grenzen, der verschiedenen politisch-sozialen Situationen, der Kampf der Marxisten-Leninisten ein einziger Kampf ist.

Das Werk Mao Tsetungs – so haben wir in unserer Botschaft an das Zentralkomitee der KPCh bekräftigt – gehört dem internationalen Proletariat, den Völkern der ganzen Welt, gehört der Sache der proletarischen Revolution und der Befreiungskämpfe. Die Mao Tsetung-Ideen stellen einen grundlegenden Beitrag zur Entwicklung des Marxismus-Leninismus dar. Das Werk und die Gedanken Mao Tsetungs, die ganze Geschichte der chinesischen Kommunistischen Partei lehren uns, daß in jedem Land das Proletariat die führende Kraft der Revolution ist, daß das Proletariat seine geschichtliche Rolle nur ausüben kann, wenn es geführt wird von einer bewußten und organisierten Avantgarde, der marxistisch-leninistischen Partei. Sie lehren uns, daß eine extrem elastische Taktik der Einheitsfront notwendig ist, aber daß man diese Taktik nicht mit der Strategie verwechseln darf. Gemäß den momentanen Bedingungen verwirklicht die Partei eine Einheitsfront mit allen Klassen und Kräften, die gegen den Hauptfeind vereinigt werden können, aber sie muß die Unabhängigkeit innerhalb der Einheitsfront aufrechterhalten, in einer Beziehung von Einheit und Kampf mit den Verbündeten. Sie muß immer und unerschütterlich am strategischen Ziel der proletarischen Revolution festhalten und jeden Kampf zu einem Schritt vorwärts in Richtung auf das Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats, auf den Sozialismus machen. Eine falsche Analyse in der Frage, wer der Hauptfeind in jeder Phase des Kampfes ist, zu haben, nicht die Unabhängigkeit innerhalb der Einheitsfront aufrechtzuerhalten, irgendwelche bürgerlichen Kräfte die Führung darin übernehmen zu lassen, das muß unweigerlich zur Niederlage führen.

Die Analyse unserer Partei in der konkreten Wirklichkeit Italiens ist klar: Auf nationaler Ebene ist der Hauptfeind die Monopolbourgeoisie, auf der internationalen Ebene sind es die beiden Supermächte USA und UdSSR. Unsere Einheitsfrontpolitik auf nationalem und internationalem Gebiet ist also gerichtet gegen den Monopolkapitalismus und gegen die beiden Supermächte. Deshalb ist in der Frage des Kampfes gegen den Revisionismus und den Sozialimperialismus unsere Analyse ebenfalls klar. Es ist nicht möglich, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, ohne gleichzeitig gegen den Revisionismus zu kämpfen. Dieselbe Überlegung gilt grundsätzlich in der Auseinandersetzung der beiden Supermächte. In unserem Land ist es der amerikanische Imperialismus, der vom ökonomischen, militärischen und politischen Gesichtspunkt das Hauptgewicht hat (so wie z. B. in Polen es der Sozialimperialismus hat), aber es ist nicht möglich, gegen den US-Imperialismus zu kämpfen, ohne gleichzeitig den russischen Sozialimperialismus zu bekämpfen (und dasselbe gilt z B. in Polen für den US-Imperialismus). Wachsende Gefahren ergeben sich für Italien aus der Tatsache, daß einerseits der US-Imperialismus unser Land direkt ausbeutet, unterdrückt und bedroht, und daß andererseits der russische Sozialimperialismus, besonders hinterhältig, weil er sich als Sozialismus maskiert, dort Positionen zu gewinnen versucht (und die revisionistischen Führer der PCI ihm den Weg bereiten).

Die wachsende Gefahr, daß ein neuer Weltkrieg auflodert, rührt von der Tatsache her, daß es heute in der Welt zwei imperialistische Pole gibt, zwischen denen der Funke zünden kann. Nur den einen oder anderen der beiden zu sehen, führt dazu, völlig die allgemeine Orientierung zu verlieren.

Was die Phase des Sozialismus betrifft, so ist der grundlegende Beitrag, den Mao Tsetung für den Marxismus-Leninismus, für die kommunistische Weltbewegung geleistet hat, zusammengefaßt in der These, daß während der ganzen geschichtlichen Periode des Sozialismus die Klassen, die Klassenwidersprüche und der Klassenkampf weiterbestehen, daß der Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg weiterbesteht, daß die Gefahr der Restauration des Kapitalismus weiterbesteht, daß die Gefahr der Subversion und Aggression von seiten des Imperialismus und Sozialimperialismus weiterbestehen, daß diese Widersprüche nur gelöst werden können auf der Grundlage der Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und einer Praxis, die sich von dieser Theorie leiten läßt. Der Kampf für die Ausübung der vollständigen Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie, sei es in der ökonomischen Basis oder in allen Teilen des Überbaus, erweist sich im Moment als äußerst kompliziert. Neue und alte bürgerliche Elemente innerhalb der Partei selbst versuchen die Diktatur des Proletariats zu untergraben und zu zerstören, den Kapitalismus, die Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat wiederzuerrichten.

So, wie die Lehren, die wir aus den Gedanken Mao Tsetungs ziehen, für uns nicht eine mechanische Wiederholung von Formeln sind, sondern die Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen auf die konkrete Wirklichkeit in unserem Land, so ist unsere Unterstützung für China nicht eine schematische Unterstützung alles dessen, was chinesisch ist. Wir unterstützen, und wir werden immer unterstützen, ganz gleich unter welchen Bedingungen und Kräfteverhältnissen, die ideologische und politische Linie, die Mao Tsetung entworfen hat, die Orientierung, die er für die Ausübung der vollständigen Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie gegeben hat. Nicht unterstützen, sondern bis zum Ende bekämpfen werden wir, ganz gleich unter welchen Bedingungen und welchen Kräfteverhältnissen, jeden Handstreich, mit dem man versuchen sollte, die Diktatur des Proletariats zu stürzen.

Jeden Schlag, den die Klassenfeinde den Kommunisten, dem Proletariat und den Volksmassen Chinas zufügen können, fühlen wir als einen Schlag, der unseren eigenen Körper trifft. Jeder Schlag, den die Kommunisten, das Proletariat und die Volksmassen Chinas dem Klassenfeind versetzen, trägt in sich auch die Kraft unseres Kampfgeistes, des Kampfgeistes aller wirklichen Kommunisten und Revolutionäre der ganzen Welt.

Wir stehen an der Seite der Kommunisten, des Proletariats und der großen Volksmassen Chinas, wir stehen an ihrer Seite und wir werden immer an ihrer Seite stehen, in den Siegen ebenso wie in den komplizierten Windungen des Weges des Klassenkampfes. Wir stehen auf der gleichen Barrikade des Klassenkampfes, wir haben die gleichen Feinde, wir kämpfen für die gleiche Sache, die Sache des Kommunismus, in dem Bewußtsein, daß, auch wenn der Weg windungsreich ist, die Zukunft licht ist.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

"Tufan" berichtet aus dem Iran

Der Kampf gegen das Schahregime dehnt sich auf das ganze Land aus

In der letzten Woche hat das faschistische Schahregime im Iran erneut Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse gemacht: Der Schah erhöhte seine Beteiligung am Krupp-Konzern auf 25% des Gesamtkapitals. Den Nutzen davon hat in erster Linie das westdeutsche Finanzkapital. Noch stärker als bisher werden sich die gierigen Finanzkapitalisten an der Ausplünderung der Reichtümer des Iran und der Ausbeutung der werktätigen Massen des Iran beteiligen. Noch größer als bisher wird der Einfluß des westdeutschen Imperialismus im Iran. Selbstverständlich haben auch der Schah und seine Clique ihren Vorteil bei diesem Geschäft. Die Reichtümer, die sie aus den Völkern des Iran herausgepresst haben, werden sich, so hoffen sie, bei Krupp gut angelegt, schnell noch mehr vermehren.

Aber der Ausverkauf der nationalen Interessen der iranischen Völker an den Imperialismus, die grausame Ausplünderung und faschistische Unterdrückung der Volksmassen durch das Schahregime, hat bereits seit langem den Kampf der iranischen Völker gegen das verhaßte Regime und seine imperialistischen Oberherren hervorgerufen. In der letzten Zeit hat sich dieser Kampf noch mehr verstärkt. **„Der Kampf der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen des Iran gegen das Schahregime und seine Kaste"**, heißt es in einem Artikel der marxistisch-leninistischen Organisation des Iran, Tufan, **„dehnt sich auf das ganze Land aus."**

Der Streik der Arbeiter in Schabi

Die Zeitung „Tufan" berichtet: „In der Textilfabrik 2 sind 3 000 Arbeiter beschäftigt. Sie streikten seit einer Woche. Der Landrat, der (Geheimdienst - RM) Savak und der Polizeichef erschienen. Die Arbeiter schlugen den Polizeichef zusammen. Der Kampf der Arbeiter ging voran. Die Polizei forderte die Regierung auf, weitere zehn Militärlastwagen mit bewaffneten Soldaten aus den Nachbarstädten nach Schahi zu schicken. Sie schafften es aber nicht, den Streik der Arbeiter zu beenden. Die Feuerwehrautos wurden in Brand gesteckt. Der Polizeichef wurde in seinem Auto mit Steinen beworfen. ... Bis jetzt wurden in diesem Streik vier Arbeiter erschossen und mehr als hundert verletzt. Das ist die Bilanz eines Streiks unter der Herrschaft des Schahregimes. Nach dem blutigen Ende des Streiks wurde die Stadt von Militär und Polizei besetzt. Ausgangssperre wurde verhängt. Jeder, der ab 21 Uhr auf der Straße erschien, wurde entweder festgenommen oder auf der Stelle erschossen. Die Textilfabrik wurde für einen Monat geschlossen." Dieser Streik hat im Juli 1975 stattgefunden.

Der Streik der Hüttenwerker von Isfaban

Die Zeitung „Tufan" berichtet: „Im letzten Winter haben die Arbeiter des Hüttenwerks die machtvollsten Streiks der Zeit nach dem Putsch (d. h. nach 1953 - RM) durchgeführt. ... Die erste gemeinsame Aktion fand im Dezember/Januar 1975/76 statt. Es fing damit an, daß die Arbeiter, die in den Kleinstädten und Dörfern auf dem Weg zum Isfahan-Hüttenwerk leben, große Schwierigkeiten bei der Fahrt in die Fabrik und zurück hatten — u. a. deshalb, weil die Werksbusse unterwegs nicht hielten. Diese Arbeiter versperrten mit Hilfe von Betonteilen, Mastbäumen und Teerfässern (die Mastbäume nagelten sie an den Fässern fest) die Straße auf der Falavar-Jan-Brücke, so daß die Busse stehenblieben und eine lange Schlange bildeten. Inzwischen wurde die Gendarmerie gebeten, einzuschreiten. Eine große Zahl von Lastwagen voller Gendarmen wurde losgeschickt, um die Arbeiter auseinanderzutreiben und ihre Stellungen zu räumen. Noch bevor die Gendarmen den Fuß auf den Boden setzen konnten, verbündete sich eine sehr große Anzahl von umliegenden Bauern, die der Angriff der Gendarmen wütend gemacht hatte, mit den Arbeitern, deren Zahl sich ständig erhöhte. Die Bauern riefen gemeinsam mit den Arbeitern Parolen und gaben einem Offizier, der wie wahnsinnig auf wehrlose Kinder, Frauen und Männer losging, eine solche Lehre, daß die anderen bis zur Beendigung ihres Kommandos regungslos stehenblieben. Verwirrt, erstaunt und verwundert über diese Ereignisse erklärte sich die Fabrikleitung mit den Forderungen der Arbeiter einverstanden und stellte ab dem nächsten Tag einen ordentlichen Pendelverkehr zur Verfügung. Erst nach einigen Tagen, als sie den Sturm vorüber wähnte, fing sie an, eine große Zahl von Arbeitern festzunehmen. Allem Anschein hatte man die „Anführer" festgenommen und meinte, nun ein bis zwei Jahre seine Ruhe zu haben. ... Doch Mitte Februar kam eine Lawine von über 30 000 Arbeitern in Kerman und Isfahan in Bewegung und die Arbeiter, die einen großen Zorn wegen der Verzögerung ihrer Lohnauszahlungen hegten, haben den machtvollsten und bestorganisiertesten Streik der letzten Jahre durchgeführt. Die Aufgaben sind eingeteilt worden, so wie es bei der Produktion der Fall ist. Alles war mit besonderer Disziplin verbunden. Eine Gruppe von Arbeitern hat die Stromleitungen unterbrochen, eine andere Gruppe hat die Wasserhähne zugedreht, eine weitere Gruppe hat die Wasserbehälter geleert, einige haben die Telefonverbindungen unterbrochen, andere haben Gasleitungshähne eingegraben und schließlich ist eine Gruppe mit Nägeln und Hämmern auf die Autoreifen der Fabrikherren und Ingenieure losgegangen, damit sie nicht womöglich auf den Gedanken kämen, zu fliehen und die Polizei zu benachrichtigen. Auf diese Weise wurde die gesamte Fabrik für drei Tage völlig lahmgelegt.

Die Kämpfe der Arbeiter von Schahi, Isfahan und anderen Betrieben, der Bauern und der Studenten sind die Antwort der breiten Volksmassen auf ihre Ausplünderung und Unterdrückung durch das Schahregime, das den Massen ihre elementarsten Rechte verweigert und sie in Armut und Elend hält. Es ist zugleich ein Regime des nationalen Verrats.

Das Schahregime — Kettenbund des Imperialismus

1953 ist der Schah auf den Bajonetten des britischen und amerikanischen Imperialismus an die Macht gekommen. Die fortschrittliche Regierung Mossadegh wurde gestürzt. Seit dieser Zeit ist das Schahregime ein Kettenhund des Imperialismus, vor allem des USA-Imperialismus. Die Reichtümer des Landes, vor allem das Öl, werden von den kapitalistischen Monopolen geplündert. Die amerikanischen Imperialisten haben Milliardensummen an die Armee des Schah gegeben und sie zu einer der modernsten im Mittleren Osten gemacht. 20 000 US-Militärberater sind als Besatzer im Land. Die iranischen Ölquellen haben auch die russischen Sozialimperialisten angelockt, die eine Reihe von Verträgen mit dem Regime abgeschlossen haben, um ihren Einfluß zu erweitern. Die beiden imperialistischen Supermächte, die britischen, französischen und westdeutschen Imperialisten — sie alle sind Feinde der Völker des Iran, die ihnen im Nacken sitzen, sie versklaven und ausplündern.

„Selbstverständlich", stellt die marxistisch-leninistische Zeitung „Tufan" fest, „ist heute der US-Imperialismus der Hauptfeind der iranischen Völker und der sowjetische Sozialimperialismus stellt für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes eine sehr große Gefahr dar. Unsere Aufgabe ist es jedoch, den Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Es ist nicht unsere Aufgabe, Bestien wie die Bundesrepublik Deutschland, England, Frankreich usw. aufgrund der mächtigen Stellung des US-Imperialismus in Vergessenheit geraten zu lassen, geschweige denn ihre Ausbeutung und Raubpolitik mit Hilfe unhaltbarer Argumente auf irgendeine Art und Weise zu rechtfertigen."

Die Völker des Iran können ihre Befreiung nur durch die Revolution, den Sturz des faschistischen Schahregimes und die Vertreibung aller Imperialisten aus dem Land gewinnen. Dieses Ziel kann nur durch den revolutionären Volkskrieg unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei erreicht werden. Deshalb sieht es die marxistisch-leninistische Organisation des Iran, Tufan, heute als ihre Hauptaufgabe an, die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse, die die modernen Revisionisten zerstört haben, neu zu organisieren.

Die Partei der Arbeiterklasse neu organisieren

Deshalb arbeiten die revolutionären Kader der iranischen Arbeiterklasse intensiv und führen einen harten ideologischen Kampf, um die bewußten Kräfte zu organisieren. Zugleich nehmen sie am Tageskampf der Massen teil und beschleunigen so den Prozeß des Wiederaufbaus der revolutionären Partei der iranischen Arbeiterklasse. Die Genossen von Tufan verteilen außerdem illegale Flugblätter und führen Aktionen durch, um das Bewußtsein des Volkes zu heben und es zum Kampf gegen das faschistische Schahregime und die ausländischen Imperialisten, vor allem den USA-Imperialismus zu organisieren. Revolutionäre der „Tufan" haben so kürzlich am hellichten Tag Parolen gegen das Regime und den USA-Imperialismus an die Mauern der größten Teheraner Moschee gemalt, die von Zehntausenden von Menschen gelesen wurden. **Nur durch den Wiederaufbau der revolutionären Partei kann die Arbeiterklasse die Einheit der revolutionären Kräfte des Landes sicherstellen und nur dadurch wird sie in die Lage versetzt, ihre historische Rolle auszuüben, um auf den Trümmern des morschen Schahregimes ihre revolutionäre Macht zu errichten.**

10 Jahre Kommunistische Partei Italiens Marxisten-Leninisten

In diesen Tagen feiert die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten den 10. Jahrestag ihrer Gründung. Die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten entstand und gründete sich im entschiedenen Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten Italiens am Marxismus-Leninismus und der proletarischen Revolution.

Wir veröffentlichen im folgenden einen Auszug aus dem Glückwunschtelegramm des ZK der Partei der Arbeit Albaniens an das ZK der KPI/ML zum 10. Jahrestag der Gründung. Darin heißt es u. a.:

„Während dieser zehn Jahre führte die KPI/ML, indem sie sich fest auf die siegreichen Lehren des Marxismus-Leninismus stützte, einen entschlossenen Kampf, um die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der italienischen Werktätigen gegen die kapitalistische und imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung zu verteidigen, für die proletarische Revolution und den Sozialismus in Italien. Sie führte mutig und in revolutionärem Geist einen prinzipienfesten Kampf, um die revisionistische Linie der Führung der KPI zu entlarven und vollständig zu zerschlagen, die endgültig die Arbeiterklasse und die italienischen Werktätigen, die proletarische Revolution und den Marxismus-Leninismus verraten hat, indem sie vollständig und ganz zu einer gewöhnlichen, reaktionären bürgerlichen Partei wurde. Auf diese Weise hat die KPI/ML klar gezeigt, daß sie eine marxistisch-leninistische Partei ist, eine proletarische Klassenpartei, Fortsetzerin und würdige Erbin der KPI, die vor 35 Jahren von Antonio Gramsci gegründet wurde. Die Partei der Arbeit Albaniens unterstützt und ist solidarisch mit der Linie und Tätigkeit der KPI/ML sowie mit ihrem Kampf und ihren Bemühungen, die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, im entschlossenen Kampf, Zahn um Zahn gegen die beiden Supermächte, den Imperialismus der USA und den sowjetischen Sozialimperialismus, die größten und gefährlichsten Feinde der Menschheit und der Revolution."

Wir wünschen der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten weitere große Erfolge auf dem Weg des Kampfes für die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Italien.



Genosse Enver Hoxha begrüßt brüderlich den Genossen Fosco Dinucci in Tirana, der zum 30. Jahrestag der Befreiung die Volksrepublik Albanien besuchte.

Zugleich mit der Kommunistischen Partei Italiens/ML feiert auch der Verband der Kommunistischen Jugend Italiens/Marxisten-Leninisten den 10. Jahrestag seiner Gründung. In diesen zehn Jahren hat der Verband der Kommunistischen Jugend Italiens/ML unter der Führung der Partei gekämpft, um die fortschrittliche italienische Jugend zum Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Monopolkapital, gegen die reaktionären Kräfte von den Faschisten und der Kirche bis hin zu den modernen Revisionisten, gegen den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus für die proletarische Revolution in Italien zu mobilisieren und zu organisieren.

Erster Band der "Kleinen Bücherei der Roten Garde" erschienen

"Albanische Jugend - geboren und erzogen in der Revolution"

Im Verlag Roter Morgen erschien jetzt der erste Band der Reihe „Kleine Bücherei der ROTEN GARDE". In dieser Reihe kommen fortlaufend Texte heraus, die von großer Bedeutung für die revolutionäre Jugendbewegung sind.

Die Reihe soll dazu beitragen, der fortschrittlichen Jugend Ziel und Weg des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung klarer zu machen, wie z. B. durch die Bände 1/2 „Albanische Jugend – geboren und erzogen in der Revolution" oder „Über die Jugend" von Lenin und Stalin. Sie soll Anleitung geben für besondere Kampffronten der Jugend, wie z. B. der Kampffront gegen den imperialistischen Krieg (Band 3 „Ausgewählte Aufsätze zum antimilitaristischen Kampf" von Karl Liebknecht). Sie soll anspornen durch die Beispiele, die die kommunistische Jugend der Welt in ihrem Kampf unter Führung ihrer kommunistischen Parteien schon gegeben hat, wie z. B. der kommunistische Jugendverband der Sowjetunion, der Komsomol, der großartige Beiträge zum Aufbau des Sozialismus und zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes geleistet hat. (Band 5 „Der Lenin-Stalinsche Komsomol")

Der 1. Band dieser Reihe „Albanische Jugend geboren und erzogen in der Revolution" enthält fünf Aufsätze über den Kampf der albanischen Jugend für ihre Befreiung. In den ersten drei Aufsätzen werden die heldenhaften Taten, der Patriotismus, der revolutionäre Geist der albanischen Jugend im Befreiungskampf gegen die faschistischen Besatzer und gegen die einheimischen Reaktionäre aufgezeigt. Die albanische Jugend konnte solch eine bedeutende Rolle in der Revolution spielen, weil sie sich von der Partei leiten ließ, weil sie erkannte, daß allein die Partei eine Perspektive aus dem Elend der Jugend im damals ärmsten Land Europas wies. Die Partei hat von Anfang an große Anstrengungen unternommen, um auf die Jugend des Landes Einfluß zu gewinnen und machte es so den italienischen, deutschen und albanischen Faschisten unmöglich, mit Demagogie und Betrug die albanische Jugend auf ihre Seite zu ziehen. Am 23. 1. 41, schon zwei Wochen nach der Gründung der Partei, wurde der kommunistische Jugendverband Albaniens gegründet, der auf die albanische Jugend eine starke Anziehungskraft ausübte und ihr im Kampf voranging. Auch die Massen der Jugendlichen, die sich im antifaschistischen Jugendverband organisierten, sahen in der Partei ihre einzige Führung, die ihnen den Weg aus Arbeitslosigkeit, Ausbeutung, Existenzangst, Unwissenheit und politischer Unterdrückung aufzeigte. All diese Leiden, die schon das Zogu-Regime der Jugend bereitete, hatten sich mit der faschistischen Besetzung enorm verschlimmert und forderten den Freiheitskampf der Jugend heraus. Die Jugend warf sich mit Begeisterung, Mut und Opferbereitschaft in den bewaffneten Befreiungskrieg und stählte sich in diesem Kampf auf Leben und Tod. Dadurch war sie befähigt, nach dem Sieg in der Volksrevolution das Werk der Revolution fortzuführen, den Sozialismus aufzubauen und die Diktatur des Proletariats zu festigen.

In zwei weiteren Aufsätzen wird auf die Rolle der Jugend beim Aufbau des Sozialismus eingegangen. In zahllosen freiwilligen Massenaktionen hat die Jugend an vorderster Front gestanden beim Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes, beim Aufbau von Industrie und Landwirtschaft. Die Hauptsache bei diesen Massenaktionen sind allerdings nicht die materiellen Leistungen, sondern die Tatsache, daß sie eine Schule für die Erziehung der Jugend zum neuen Menschen sind. Indem die Jugend dort kommunistische Arbeit leistet – ohne Bezahlung und freiwillig – entwickelt sie die hohen Eigenschaften des selbstlosen Einsatzes für das Volk, der Solidarität, der Opferbereitschaft, des Vertrauens auf sich selbst und auf das Volk. Es wird die Frage aufgeworfen, weshalb die albanische Jugend nicht den bequemen Weg wählt, weshalb sie sich niemals täuschen oder einschüchtern ließ. – Sie sah und sieht ihre Erfüllung, ihr Glück, ihre Freiheit in der Erfüllung des Programms der PAA und weiß, daß der Kampf um das Glück des Volkes der Kampf um ihre eigne Zukunft ist, der entscheidet, ob sie frei bleibt oder ob sie wieder versklavt wird.

Der letzte Aufsatz behandelt den Kampf zweier Linien im Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ) und im Internationalen Studentenbund (ISB). Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit dem Chruschtschow-Revisionismus, der systematisch und mit Druck gegen die Marxisten-Leninisten in diesen Organisationen seine revisionistische, bürgerliche Politik durchsetzte. Hier ein Beispiel, wie die albanische marxistisch-leninistische Jugend in den 60er Jahren den Kampf in der Frage Krieg und Frieden gegen sie führte:

Aber der WBDJ, der den Kampf für den Frieden als einen der grundlegenden Bestandteile seiner allgemeinen Linie ansah, trennte, solange er einen revolutionären Standpunkt vertrat, diesen Kampf nicht einen Augenblick lang vom Kampf gegen die Quelle der Aggression und des Krieges – den Imperialismus, mit dem US-Imperialismus an der Spitze.

So betonte der WBDJ in der Resolution, die auf der Gründungsversammlung angenommen wurde, daß es für diesen Zweck notwendig und unerläßlich ist, „allen Versuchen, eine neue imperialistische Aggression vorzubereiten, entschlossen entgegenzutreten."

Aber unter dem Druck der Chruschtschow-Revisionisten nahm der WBDJ allmählich und systematisch in bezug auf Krieg und Frieden eine neue Haltung ein, die seiner früheren Haltung genau entgegengesetzt war.

Untersuchen wir einige der wichtigsten Probleme, die die Frage von Krieg und Frieden, die Standpunkte dazu und den Kampf zweier Linien über diese Probleme betreffen.

1. Die revisionistische Linie innerhalb des WBDJ und des ISB verbreitete verräterische Illusionen über Krieg und Frieden, veränderte die Stoßrichtung des Kampfes für den Frieden, trennte ihn vom Kampf gegen den Imperialismus.

Der XX. und XXI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die Chruschtschowsche revisionistische Linie, die auf diesen Parteitagen ausgearbeitet wurde, schufen die Atmosphäre zur Verbreitung eines solchen Standpunktes und zur Erörterung aller anderen grundlegenden Fragen über die Linie in den Reihen des WBDJ und des ISB.

Einerseits, angeblich als Ergebnis der heutigen Bedingungen, überbewerten die Revisionisten die antiimperialistischen und revolutionären Kräfte und verabsolutieren beinahe die Möglichkeit, einen Weltkrieg zu verhindern, sie sprechen von einer realen Möglichkeit der „allgemeinen und vollständigen Abrüstung", die eine „Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege" herbeiführen könne; andererseits überbewerten sie die Kräfte des Imperialismus und fürchten sich, wenn diese zur atomaren Erpressung greifen und mit ihren Säbeln rasseln. Deshalb verfolgen sie eine Linie von prinzipienlosen Zugeständnissen und Kapitulantentum. Sie übernehmen den Standpunkt bürgerlicher Pazifisten und bekämpfen jeden Krieg, wobei sie die Interessen der revolutionären Weltbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung opfern.

Dieser tief opportunistische Geist wurde schnell das grundlegende Merkmal der Haltung des WBDJ und des ISB gegenüber Krieg und Frieden.

Die Dokumente und Reden der revisionistischen Komsomol-Führer und ihrer unterwürfigen Handlanger im Exekutivkomitee des WBDJ und anderer revisionistischer Jugendorganisationen begannen großen Lärm zu machen, um die revisionistischen „Theorien" über die „vernünftigen Persönlichkeiten des Westens", mit anderen Worten „die vernünftigen Oberhäupter des Imperialismus", die „immer mehr zu einer realistischen Lösung neigen"; sie fingen an, lauthals zu verkünden, daß die Imperialisten ihre Kriegs- und Aggressionspolitik beinahe vollständig aufgegeben haben und nun „beabsichtigen", wie N. Chruschtschow damals behauptete, „all ihre Hilfsmittel zu mobilisieren, um auf wirtschaftlichem Gebiet gegen das sozialistische Weltlager zu kämpfen . . .", usw. In der Folge begann in beinahe allen Dokumenten der revisionistischen Jugendorganisationen und unter deren Diktat und dem der führenden Organe des WBDJ und des ISB ein systematisches Schweigen um den Imperialismus, um seine unterdrückende, versklavende, reaktionäre und aggressive Natur; währenddessen begann man das neue „friedliche" realistische Gesicht des Imperialismus zu betonen, daß dieser durch die Abrüstung eine Welt ohne Waffen und friedliche Koexistenz erlangen würde.

Andererseits propagierte der WBDJ mit großem Geschrei, wobei er beharrlich den Chruschtschow-Revisionisten folgte, daß ein neuer Weltkrieg – so wurde es im Bericht des Exekutivkomitees des WBDJ gesagt, der auf dem VI. Kongreß des Verbandes verlesen wurde – zu einer „schrecklichen nuklearen Zerstörung" führen würde. Das Eintreten für die These führt mit Sicherheit zur Kapitulation vor der imperialistischen Bedrohung mit nuklearen Waffen, zu allumfassenden Zugeständnissen und zur Unterwerfung unter den Imperialismus.

Deshalb erklärte die revisionistische Führung des WBDJ und des ISB den Kampf um „Abrüstung" und um eine „Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege", diese unter den Bedingungen antagonistischer Klassengesellschaften nicht realisierbaren Ideen, zu ihrer wichtigsten Aufgabe, sah ihn als hauptsächliche Grundlage ihrer Kongresse, Konferenzen und Aktivitäten an. „Allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung ist das gegenwärtige **grundlegende** Ziel (Hervorhebung des Verfassers) des Kampfes der Jugend" – wird im Bericht gesagt, der dem VI. Kongreß des Verbandes vorgelegt wurde.

Friedliche Koexistenz wird als der einzige Weg zum Frieden verkündet. Der frühere 1. Sekretär des Zentralkomitees des Komsomol, Pawlow, erklärte auf dem ersten Jugendforum in Moskau, daß „. . . die Menschheit entweder die friedliche Koexistenz zwischen den Staaten oder eine Welt mit Atomraketen wählen soll. Es gibt keinen dritten Weg, und die Zukunft sollte uns nahelegen, sofort zu entscheiden." Hinsichtlich der Frage von Krieg und Frieden hat der Verband der Jugend der Arbeit Albaniens (VJAA) die tiefe prinzipienfeste Linie der PAA (Partei der Arbeit Albaniens) auf allen Kongressen oder Treffen ihres Exekutivkomitees, bei allen ihren Aktivitäten und in der fortschrittlichen Jugend- und Studentenbewegung verteidigt. Auf der 6. Versammlung des WBDJ, als die Widersprüche zwischen den zwei Linien offen zutage traten, erklärte die Delegation des VJAA, daß „ein entschlossener Kampf geführt werden muß, um die aggressive Politik des Imperialismus zu entlarven, in erster Linie die des US-Imperialismus, des wütendsten Feindes des Friedens aller Menschen, indem die breiten Massen der Jugend für antiimperialistische Aktionen mobilisiert werden." Unser Standpunkt bezüglich der Abrüstung wurde deutlich in dem Brief niedergelegt, der an die Internationale Jugend- und Studentenkonferenz über „Abrüstung, Frieden und nationale Unabhängigkeit" geschickt wurde, die in Florenz (Italien) stattfand: „. . . Die erste und wichtigste Bedingung und der Weg, dem man folgen muß, um den . . . Frieden zu sichern, ist nicht die allgemeine und vollständige Abrüstung, sondern der entschlossene Kampf der Völker und der Jugend gegen den Imperialismus mit dem US-Imperialismus an der Spitze, der der grausamste Feind der Völker und des Friedens ist."



85 Seiten Preis 4,– DM

Die Reihe wird fortgesetzt. Die in dieser Reihe erscheinenden Titel können abonniert werden. Im Abonnement 1,– DM billiger.

Bestellungen an:

GEWISO-Buchvertrieb
Postfach 11 16 49
2000 Hamburg 11

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.
LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.
48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen" Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.
28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.
41 Duisburg 1, (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.
44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.